

Zeitgeschichte in einer politisierten Geschichtskultur: Historiographie zum 20. Jahrhundert in Österreich

Botz, Gerhard

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Botz, G. (2016). Zeitgeschichte in einer politisierten Geschichtskultur: Historiographie zum 20. Jahrhundert in Österreich. *Historical Social Research, Supplement*, 28, 105-132. <https://doi.org/10.12759/hsr.suppl.28.2016.105-132>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Zeitgeschichte in einer politisierten Geschichtskultur: Historiographie zum 20. Jahrhundert in Österreich [1991]

Gerhard Botz^{*}

Abstract: »Contemporary History in a Politicized Historical Culture. Historiography on Austria's 20th Century«. Contemporary History is always part of a historical culture, part of a society's mindset. This article reflects the rise, establishment and changes of this discipline in Austria in a "post-catastrophic" situation after 1945. It is shown what phases of politicisation and attempts of instrumentalisation there have been, how research topics have changed and what methodological turns can be identified. This article is structured as follows: 1. Contemporary History as "post-catastrophic" historical mindset; 2. The origins of Austrian contemporary history as "coalition historiography"; 3. Contemporary history as "political enlightenment" program, 4. Contemporary history as historical social science; and 5. Postmodern parallelism: engagement and „historization“, empathy and "visual turn".

Keywords: Historiography, Austria, contemporary history, political culture.

1. Zeitgeschichte als „post-katastrophische“ Geschichtsmentalität

Zeitgeschichte sei hier zunächst aufgefaßt als historische Teildisziplin, die sich vor allem mit gesellschaftlich und politisch sensiblen, „heißen“ Themenbereichen, Aspekten und Perioden der jeweiligen Vergangenheiten befaßt. Sie ist durch besonders enge Gegenwartsbezüge gekennzeichnet, vor allem durch einen hohen „Gleichzeitigkeitskoeffizienten“ und durch ihren doppelten politischen Charakter, der sich aus ihrer politisch-gesellschaftlichen Relevanz als Politisierung und aus ihrer Ausrichtung an Problemen, die mit Politik in Beziehung stehen oder direkt politisch sind, als Politik-Geschichte ergibt; wie J. Rüsen jüngst im Hinblick auf jede historische Erinnerung formulierte:

In ihren elementaren und ursprünglichen und in fast allen alltäglichen Formen ist sie im praktischen Leben lebendig [...] Sie ist ein unverzichtbares Medium der kul-

^{*} Reprint of: Gerhard Botz. 1991. Zeitgeschichte in einer politisierten Geschichtskultur. Historiographie zum 20. Jahrhundert in Österreich. In *Geschichtswissenschaft vor 2000. Perspektiven der Historiographiegeschichte, Geschichtstheorie, Sozial- und Kulturgeschichte. Festschrift für Georg G. Iggers zum 65. Geburtstag*, hg. v. Konrad H. Jarausch, Jörn Rüsen und Hans Schleier, 299–328. Hagen.

turellen Orientierung von Handeln und der Bildung tragfähiger personaler und sozialer Identität. Und weil das so ist, tragen sich auch im Felde der historischen Erinnerungen die Machtkämpfe aus, in denen sich menschliches Leben sozial vollzieht.¹

Darum geht es auch in diesem Beitrag.

Wissenschaftlich betriebene Zeitgeschichte, selbst also unentrinnbar immer auch Teil des „gesamten Ensembles von Phänomenen, welche die historische Kultur oder – besser – die geschichtliche Mentalität einer Epoche ausmachen“,² kann nur aus einer je spezifischen und gegenwärtigen Situation heraus wissenschaftsgeschichtlich erklärt werden, aus einer längerfristig nicht vergehenden Vergangenheit, die eben wie jene Österreichs während der letzten vier Jahrzehnte von den Nachwirkungen der (zuvorderst politischen) Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägt war und ist, vom Zerfall der alten Welt der Habsburgermonarchie, von den Bürgerkriegen des Jahres 1934, vom Ende der Eigenstaatlichkeit und der nationalsozialistischen Machtübernahme 1938 und – ganz besonders – vom Zusammenbruch des Dritten Reichs im Jahre 1945, sowie auch von der „Besatzungszeit“ bis 1955.

Diese oder ähnliche Determinanten teilt die österreichische mit den deutschen und italienischen Geschichtskulturen nach 1945, vielleicht auch mit den postkommunistischen Gesellschaften Ost- und Ostzentraleuropas. In nationalen Geschichtskulturen, in Perioden und innerhalb bestimmter Themenbereiche, für die weder ein hoher „Gegenwartskoeffizient“ noch eine gesteigerte politisch-gesellschaftliche Brisanz vorliegt, dominiert dann nur eine umfassende Geschichte vom Typus der „Neueren Geschichte“, auch wenn sie sich anders nennen mag;³ in Bereichen, denen die dominante Geschichtsmentalität einen hohen „Gegenwartskoeffizienten“, jedoch wenig unmittelbare Konflikthaftigkeit zuschreibt, kann sich eine Gegenwartsgeschichte, etwa neuerer französischer Prägung,⁴ entwickeln. Diese kann daher, verglichen mit der Zeitgeschichte, noch weniger einen klaren Zukunftshorizont in ihre Bearbeitung der „Vergangenheiten“ einbeziehen, da Gegenwartshistoriker, anders als Historiker weiter zurückliegender Perioden, noch nicht wissen können, „was nachher geschah“. ⁵ Sie wird daher möglicherweise dazu

¹ Jörn Rüsen: Zeit und Sinn. Strategien historischen Denkens, Frankfurt (M.) 1990, 12.

² Jacques Le Goff: Histoire et memoire, Paris 1988, 219; vgl. auch Wolfgang Hardtwig: Geschichtskultur und Wissenschaft, München 1990, 7ff.

³ Eher in diese Kategorie gehören dann auch die angelsächsische „contemporary history“ und die „histoire contemporaine“.

⁴ Dabei ist zu bedenken, daß die „histoire du temps présent“, entgegen den Intentionen ihrer Gründer, zum Teil in der Praxis eine „Zeitgeschichte“ im deutschsprachigen Sinne geworden ist, die sich vor allem um das „Syndrom Vichy“ zentriert. Vgl. hierzu allg. die Themennummer *Historians on the Twentieth Century*, in: JCH 2,1 (1967), vor allem die Beiträge von René Remond über Frankreich, Claudio Pavone über Italien, Hans Herzfeld über Deutschland und Frantisek Ryska über Polen; weiters: Iggers/Parker 1979 und: *Storia della storiografia* 17 (1990).

⁵ Le Goff 1988 (Anm. 2), 189f; vgl. auch Reinhard Koselleck: „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ – zwei historische Kategorien, in: Engelhardt u.a. (Hg.): Soziale Bewegung und politische Verfassung, Stuttgart 1976, 13–33; Ernst Schulin: Die Frage nach der Zukunft,

tendieren, stärker struktur- oder alltagsgeschichtlich zu sein, Zeitgeschichte dagegen offener für historistische, ereignishafte und – vor dem Hintergrund politischer „Katastrophen“ – politikgeschichtliche Zugangsweisen.

Es ist unmittelbar einsichtig, daß in einem hohen „Gleichzeitigkeitskoeffizienten“, der nach M. Bloch manche Perioden, insbesondere solche bis zum Eintreten tiefreichender historischer Brüche, kennzeichnet, ein wesentlicher Bestimmungsfaktor von Zeitgeschichte (und natürlich auch von Gegenwartsgeschichte) liegt. Denn, weiterhin der Argumentation aus der „Schule“ der eher zeitgeschichtsfernen *Annales*⁶ folgend, solange nicht Revolutionen, Krisen, politische Wenden u. dgl. ein kollektives Empfinden „tiefgreifender Unterschiede zu der Welt unserer Lebensgewohnheiten: weder [...] zur] gesellschaftlichen oder politischen Lage“ noch zum technologisch-wirtschaftlichen Niveau und „allgemeinen Charakter der Zivilisation“,⁷ hervorgebracht haben, entläßt die Gegenwart nur allmählich das Vergangene aus ihrem Bann, um Raum für Geschichtlichkeit zu machen. So läßt sich auch „die Grenze zwischen dem Heute und dem Gestern keineswegs mathematisch genau abstecken“, daher erscheint es vergeblich, ganz allgemein und überall gültig, Zeitgeschichte entweder durch feste Zäsurjahre oder durch gleitende Zeiträume oder auch durch ein Ensemble von spezifischen Quellen und Methoden allein zu bestimmen zu versuchen. Zeitgeschichte als wissenschaftlich betriebene Form kollektiver Selbstvergewisserung, so die strukturierende These dieses Versuchs einer Nachzeichnung des fachlich legitimierten Tuns österreichischer Zeitgeschichtler⁸ in den letzten Jahrzehnten, kann jedoch sehr wohl bestimmten „geschichtskulturellen“, nationalen und periodenweise variablen Kontexten zugeordnet und hieraus bestimmt werden.

Wenn im Sinne einer bildhaften Formulierung L. Febvres, die dieser schon 1920, inmitten der Krisensituation nach dem Ersten Weltkrieg, gefunden hat: „Geschichte treiben, Geschichte lehren“ nur sein könne, „in Aschen stochern, von denen die einen längst erkaltet, die anderen noch warm sind – aber Asche allemal, erloschener Rest verzehrter Existenzen“,⁹ dann ist Zeitgeschichte das „Stochern“ im „heißesten“ Teil der Historie. Vor allem in Österreich ist sie dann in einem doppelten Sinne eben „politisch“, wie zu zeigen sein wird. Denn gerade die Zeitgeschichte, wie jede andere Geschichte,

antwortet notwendigerweise auf Fragen, die sich der Mensch des Heute stellt, [zielt auf] Erklärung von komplizierten Situationen inmitten derer man weniger blind

in: Gerhard Schulze (Hg.): Geschichte heute. Positionen, Tendenzen und Probleme, Göttingen 1973, 109–45, hier 120f.

⁶ Dagegen jedoch: Peter Schöttler: Lucie Varga – eine österreichische Historikerin im Umkreis der „Annales“, in: ders. (Hg.): Lucie Varga: Zeitwende, Frankfurt (M.) 1991, 39ff.

⁷ Marc Bloch: Apologie der Geschichte oder Der Beruf des Historikers, Stuttgart 1974, 52.

⁸ Bei dem weitgehenden Fehlen von substantiellen wissenschaftsgeschichtlichen, empirischen Untersuchungen zum Thema sei im Sinne einer teilweisen ego-histoire dennoch dieser Versuch gewagt, meinen Aufsätzen folgend: Eine neue Welt, warum nicht eine neue Geschichte?, in: ÖZG 1,1 (1990), 49–76 und 1,3 (1990), 67–86.

⁹ Lucien Febvre: L'histoire dans le monde en ruines, in: ders.: Combats pour l'histoire, Paris 2. Aufl. 1965, 11 (hier zit. in der Übersetzung Ulrich Raulff nach: ders.: Das Gewissen des Historikers, Berlin (W.) 1988, 16).

debattiert, wenn man deren Ausgangspunkt kennt. Erinnerung an Lösungen, die solche der Vergangenheit waren – und die folglich, auf keinen Fall, jene der Gegenwart wären.¹⁰

So sind es gerade die kollektiven Katastrophenerfahrungen, aus denen sich „Zukunftshorizont“ und „Gegenwartskoeffizient“ bestimmen und auf die hin Zeitgeschichte erforscht und geschrieben wird. Stärker als für andere Geschichten gilt für die Zeitgeschichte: „Vorkommnisse in der Vergangenheit, von denen sich die Betroffenen nicht erlösen können, treiben daher zu unablässiger, geradezu verzweifelter Erinnerungsarbeit an“.¹¹

2. Die Entstehung der Zeitgeschichte als sozialpartnerschaftliche „Koalitionshistoriographie“

Zeitgeschichte als akademische Disziplin und als Unterrichtsgegenstand an höheren Schulen formierte sich in Österreich (im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland)¹² relativ spät. Wie in anderen Ländern, in denen die Auswirkungen der Epoche der kommunistischen, faschistischen und nazistischen Diktaturen und des Zweiten Weltkrieges traditionale Weltbilder, alte Sozialordnungen, überkommene politische Strukturen und Wirtschaftssysteme zutiefst erschüttert und doch auf eine untergründige Weise hatten weiterwirken lassen, waren die ersten Nachkriegsjahre in der wieder erstandenen Republik Österreich, generell gesehen, Jahre des historiographischen Schweigens über ihre jüngste Vergangenheit. Der größte Teil der österreichischen Universitätshistoriker war schon wegen seiner bildungsbürgerlich-„nationalen“ Herkunft in einem Verhältnis der distanzierten Nähe¹³ zum Nationalsozialismus und zu dessen Regime gestanden, zwei Drittel von ihnen waren durch Organisationsmitgliedschaften kompromittiert und mußten sich nach 1945 Entnazifizierungsmaßnahmen unterziehen. Dennoch war das Ende der NS-Herrschaft für die österreichische Geschichtswissenschaft keine einschneidende Zäsur, „der Historismus überdauerte, [...] er wurde hinfort etwas gemäßigter konservativ formuliert, der gravierendsten Auswüchse nationalistischer Art beschnitten und stärker an geistighumanitären Gesichtspunkten orientiert“.¹⁴

Zum einen erschwerten die Nachbarschaft kommunistischer Staaten und der „Kalte Krieg“ frühere Ansätze zu einer Bearbeitung der NS-Zeit und ihrer Vorge-

¹⁰ Lucien Febvre: *Face au vent*, in: ders. 1965 (Anm. 9), 42 [eigene Übers.].

¹¹ Rüsen 1990 (Anm. 1), 12.

¹² Siehe etwa zur deutschen Situation: Winfried Schulze: *Die Geschichtswissenschaft nach der „deutschen Katastrophe“*, in: Frank Niess (Hg.): *Interesse an der Geschichte*, Frankfurt (M.) 1989, 13–23; siehe auch: Bernd Faulenbach (Hg.): *Geschichtswissenschaft in Deutschland. Traditionelle Positionen und gegenwärtige Aufgaben*, München 1974.

¹³ Vgl. Gernot Heiss: *Von Österreichs deutscher Vergangenheit und Aufgabe*, in: ders. u.a. (Hg.): *Willfähige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938–1945*, Wien 1989, 39–76.

¹⁴ Günter Fellner: *Die österreichische Geschichtswissenschaft vom „Anschluß“ zum Wiederaufbau*, in: Friedrich Stadler (Hg.): *Kontinuität und Bruch 1938–1945–1955*, Wien 1988, 113–55, hier 148; vgl. auch Fritz Fellner: *Geschichte und Gegenwart*, Salzburg 1966, 12f.

schichte. Zum andern blockierte die neue Staatsdoktrin, wonach Österreich mit seinen Einwohnern nichts anderes als „das erste Opfer des Nationalsozialismus“ gewesen sei,¹⁵ fast zwanzig Jahre lang nahezu jede geschichtswissenschaftliche Beschäftigung mit der als deutsch, nichtösterreichisch ausgeklammerten Geschichte Österreichs im Dritten Reich. Auch die Zwischenkriegsperiode mit ihren Bürgerkriegsereignissen lebte konflikthaft in der Nachkriegsgesellschaft weiter und wurde, abgesehen von journalistischen und memoirenhaften Darstellungen und einer ausländischen Pionierarbeit,¹⁶ von Österreichern meist noch gemieden. Das Gros der Neuzeithistoriker scheute aus Gründen ihrer historistischen Prägung und/oder infolge politischer Betroffenheit diese „heiße Asche“ ihrer noch eigenen Vergangenheiten, eine Zeitgeschichte war als Disziplin noch nicht etabliert.

Wenn es die „soziale Funktion der Historie“ ist, „die Vergangenheit für ihre Funktion in der Gegenwart zu organisieren“,¹⁷ dann war in den ersten Jahren der Zweiten Republik das Schweigen der Geschichte „staatsnotwendig“ oder konnte erfolgreich als solches von der Großen Koalitionsregierung der konservativen ÖVP und der sozialdemokratischen SPÖ ausgegeben werden. Jede tieferreichende Berührung der tabuisierten Nazivergangenheit, aber auch der brüchigen Traditionen von Demokratie und politischem Pluralismus konnte allzu leicht über einen bloß symbolischen, aber nicht weniger erbitterten populär-historischen Streit hinaus eskalieren, da er automatisch auch das gegenwärtige Selbstverständnis der österreichischen Parteien betraf.

Gerade weil in den 50er Jahren das Bewußtsein vom Weiterleben der großen politischen Strukturen aus der Ersten Republik, ja aus den letzten drei Jahrzehnten der Habsburgermonarchie noch besonders bewußt gewesen sein muß¹⁸, dürfte es A. Wandruszka leichter gefallen sein, zeitgeschichtliche Theorie von den drei „politischen Lagern“ Österreichs – Konservativ-Katholische, Sozialisten und Deutschnationalen – zu entwickeln; sie ist Kernstück der ersten österreichischen Gesamtdarstellung der Ersten Republik, des „Benedikt“,¹⁹ und hat sich, kaum modifiziert, bei Fachhistorikern, Politikwissenschaftlern und in der breiten Öffentlichkeit dauerhaft eingebürgert.²⁰

¹⁵ In einseitiger, vordergründig staatspolitisch motivierter Auslegung der Moskauer Deklaration von 1943, die allerdings auch von der Mitwirkung Österreichs an Hitlers Aggressionskrieg gesprochen hatte, siehe: Stephan Verosta: Die internationale Stellung Österreichs 1938 bis 1947, Wien 1947, 52f.

¹⁶ Charles A. Gulick: Österreich von Habsburg zu Hitler, 5 Bde., Wien 1948.

¹⁷ Siehe Febvre 1965 (Anm. 9), 4–38 [eigene Übers.]; vgl. auch Eric Hobsbawm: The Social Function of the Past: Some Questions, in: P&P 55 (1972), 3–17.

¹⁸ Vgl. Emil Brix: Zur Frage der österreichischen Identität am Beginn der Zweiten Republik, in: Günter Bischoff/Josef Leidenfrost (Hg.): Die bevormundete Nation, Innsbruck 1988, 93–103.

¹⁹ Heinrich Benedikt (Hg.): Geschichte der Republik Österreich, Wien 1954, 2. Aufl. 1977.

²⁰ Zur Wirkung der „Lager“-Theorie in der Politikwissenschaft, siehe etwa: Melanie Sully: Political Parties and Elections in Austria, London 1981, sowie einschlägige politologische Arbeiten von Rainer Nick, Anton Pelinka, Peter Gerlich und Heinz Fischer; Titel siehe bei: Peter Malina/Gustav Spann: Bibliographie zur österreichischen Zeitgeschichte 1918 bis 1985, Wien 1985 [dieser unerläßliche Arbeitsbehelf enthält allerdings keine fremdsprachigen Titel]. Zu einer fundierten Kritik der „Lagertheorie“: Ulrich Kluge: Krisenherde der Ersten Republik Österreich (1918–1938), in: NPL 29 (1984), 80–83.

Damit wird auch erklärbar, was für ausländische Beobachter der Zeitgeschichte-Szene in Österreich so augenfällig ist: deren besonders starke Politisierung und institutionelle und personelle Anbindung an politische Parteien und an die großen Interessenverbände.²¹ Zeitgeschichte war und ist (bis in die jüngste Vergangenheit) in einer ganz direkten Weise höchst politisch in Österreich, insofern sie jederzeit eine unmittelbare politische Brisanz erlangen konnte. Eine zusammenhängende Darstellung dieser Konfliktfälle, die einen tiefen Einblick in die österreichischen Geschichtsmentalitäten zuließen, ist allerdings noch nicht geschrieben. Ihre Stationen könnten umfassen: die um die Thronverzichtserklärung Otto Habsburgs ausgebrochene Koalitionskrise²² von 1963, den wiederholten Parteienstreit um ein „Dollfuß-Porträt“ im ÖVP-Parlamentsklub, die „Affären Waldheim“ 1986 bis 1988, der Medienkrieg um Thomas Bernhards Theaterstück *Heldenplatz* und den politischen Frontenkampf um das Antifaschismus-Denkmal Alfred Hrdlickas (1988). Geradezu „schlagend“ bewies schon im Frühjahr 1965 der „Fall Borodajkewycz“, wie viel politischer Sprengstoff in der verdrängten österreichischen Zeitgeschichte vorhanden war: ausgehend von den antisemitischen Kommentaren eines Sozialgelehrten der Wiener Welthandelshochschule eskalierten alte politische Konflikte bis zum Totschlag an einem Antifaschisten, wodurch auch die damalige ÖVP-SPÖ-Regierung an den Rand ihres Bruches geriet.²³

Erst mit dem Abschluß des Österreichischen Staatsvertrages von 1955 kühlte die „Asche“ der österreichischen Vergangenheiten so weit ab, daß österreichische Historiker daran gehen konnten, darin zu stochern. Dies führte im technokratisch konservativ-reformerischen Klima der 60er Jahre schließlich zu den Anfängen der institutionalisierten Zeitgeschichte. Zeitgeschichte sollte zwar ab 1960 in dem expandierenden höheren Schulwesen stärker berücksichtigt werden, zugleich umgrenzte aber die konservative Unterrichtsverwaltung den zeitgeschichtlichen Spielraum recht eng: „Es wäre unverantwortlich, die unentschiedenen Schlachten der eigenen Jugend vor der heutigen Jugend nochmals auszutragen“; demgegenüber sei es geboten, „Entwicklungslinien [...], die aus den Zerwürfnissen der Vergangenheit sich zur Gemeinsamkeit annähern können,“ herauszustreichen. In den Vordergrund sollten „das gemeinsame Erlebnis des Leidens in der Zeit von 1938 bis 1945“ und „die Idee des selbständigen, unabhängigen Österreichs und eines Österreichertums“ gestellt werden.²⁴ Damit waren auch die Leitlinien der künftigen universitären Zeitgeschichte, die zur Unterstützung der Lehrerbildung geschaffen werden mußte, vorgezeichnet.

Allerdings dauerte es noch mehrere Jahre, bis die Zeitgeschichte wissenschaftlich, vor allem in vier Gründungsinstitutionen, fest verankert war. Es waren dies das 1966 errichtete Institut für Zeitgeschichte L. Jedlickas an der Universität Wien, immerhin 15 Jahre nach der gleichnamigen Münchner Einrichtung; das schon 1961 gegründete und später auf die Universität ausstrahlende Institut für Kirchl

²¹ Gerald Stourzh: Einige Überlegungen zur Lage der Zeitgeschichte, in: Erhard Busek u.a. (Hg.): Wissenschaft und Freiheit. Ideen zu Universität und Universalität, Wien 1989, 141–143.

²² Margareta Mommsen-Reindl: Die österreichische Proporzdemokratie und der Fall Habsburg, Wien 1976.

²³ Vgl. Heinz Fischer: Einer im Vordergrund: Taras Borodajkewycz, Wien 1966.

²⁴ Österreichische Zeitgeschichte im Geschichtsunterricht, Wien 1961, 5–15.

Zeitgeschichte in Salzburg E. Weinzierls; das 1963 von H. Steiner gegründete und vom antinazistischen „Geist der Lagerstraße“ getragene Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) in Wien; und die 1968 in Linz errichtete zeitgeschichtliche Professur K.R. Stadlers im Zusammenhang mit einem Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (LBIAB). Mit der 1973 in Salzburg gegründeten, dann nach Wien transferierten Zeitschrift *Zeitgeschichte* und ihren jeweiligen Publikationsreihen kontrollierten diese Institutionen, bis in die 80er Jahre, auch einen Großteil des zeitgeschichtlichen Veröffentlichungsmarktes. Durch ihre „Schule“ gingen seither nicht nur mehrere Studenten- und Forschergenerationen – die auch gegen sie revoltierten –; auch die Besetzung vieler zeitgeschichtlicher akademischer Nachwuchspositionen, die in zwei Wellen, Anfang der 70er und Anfang der 80er Jahre geschaffen wurden, erfolgte von hier aus.

Diese vier Gründungsinstitutionen der österreichischen Zeitgeschichte spiegelten sehr genau ihr gesellschaftliches Umfeld wider. Jede dieser Institutionen war, wenigstens in ihrer Anfangsphase, mit einer der Großorganisationen verbunden, denen in der politischen und wissenschaftlichen Kultur der Zweiten Republik traditionellerweise Gewicht zukam, also mit dem zuständigen Ministerium (während die Universität noch Zeitgeschichte-skeptisch blieb), mit der Katholischen Kirche, mit der eher ideellen denn organisatorisch festgefügtten Gemeinschaft der antinazistischen Widerstandskämpfer bzw. mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung (Gewerkschaften und SPÖ). Das DÖW war in sich groß- bzw. dreierkoalitionär zusammengesetzt. Doch die Wiener und Salzburger Zeitgeschichte-Institute konnten anfangs eher der „konservativen“, das Linzer Institut und das DÖW insgesamt eher der „linken Reichshälfte“ zugerechnet werden. Sie verdankten ihre Entstehung einer offensichtlich gesteigerten Nachfrage nach einer jeweils spezifischen Zeitgeschichte. Alle vier Institutionen waren mindestens in ihrer Gründungsphase noch am Rande oder außerhalb der Universitätshistorie, die noch in den traditionellen Bahnen verharnte, verankert und näherten sich nur allmählich den Zentren der universitären Geschichtswissenschaft an.

Ihren wissenschaftlichen Karrieren nach waren die „Pioniere“ der Zeitgeschichte eher von peripheren Positionen ausgegangen. Geboren zwischen 1913 und 1925 gehörten diese „Gründer“ gerade noch zu ein und derselben politischen Generation, die die gleichen prägenden historischen Erfahrungen gemacht hatte: Bürgerkrieg, „Anschluß“ und NS-Regime bzw. Verfolgung und Emigration. Das machte diese „Vorkriegsgeneration“ auch zu einer doch in manchem einheitlichen intellektuellen Generation,²⁵ wenngleich sie in der Zwischenkriegszeit auf verschiedenen Seiten der Fronten gestanden waren und immer noch unterschiedlichen politischen „Lagern“ angehörten. Ihre forschungsleitenden Interessen konzentrierten sich daher auf die Erste Republik mit ihren Bürgerkriegen, auf politische Verfolgung und Widerstand gegen den Nationalsozialismus sowie auf die Geschichte der diese Institutionen erhaltenden großen Verbände, also Geschichte der Katholischen Kirche bzw. der Arbeiterbewegung. Daraus ergaben sich auch die wesentlichsten zeitgeschichtlichen Forschungsfelder in den 60er und 70er Jahren.

²⁵ Jean-Pierre Azéma: La clef générationnelle, in: *Vingtième Siècle* 22 (1989), 3-10; vgl. Karl Mannheim: *Wissenssoziologie*, Berlin (W.) 1964, 509-65.

Ihre volle Entfaltung erfuhr diese Form von Zeitgeschichte allerdings erst während der sozialdemokratischen Reformperiode Kreiskys in den 70er Jahren und in dem offeneren intellektuellen Klima, das seit dem Ausgang der 60er Jahre von Westeuropa auch nach Österreich hereinzuwirken begann. Zu dem öffentlichen Forum der Zeitgeschichte wurden ab 1972 die Symposien der *Wissenschaftlichen Kommission zur Erforschung der Geschichte Österreichs in den Jahren 1918 bis 1938*.²⁶ Diese Kommission bestand insgesamt aus einigen Dutzend Mitgliedern, annähernd paritätisch zusammengesetzt aus Spitzenpolitikern, die die zu behandelnde Zeitgeschichte noch selbst miterlebt hatten, aus Journalisten derselben Generation und aus etablierten und jüngeren Zeithistorikern sowie aus einigen ausländischen Wissenschaftlern. Politisch waren in ihr Personen, die den beiden Großparteien angehörten oder diesen nahe standen, zahlenmäßig annähernd gleich stark, Kommunisten kaum vertreten. Erst Ende der 70er Jahre wurden auch einzelne Vertreter, die für das „deutschnationale Lager“ standen, beigezogen.

Die explizite Aufgabe dieses „historischen Tribunals“²⁷ war es, eine nach (fast) allen Seiten hin konsensfähige, offiziöse Darstellung der „unglücklichen Ereignisse der dreißiger Jahre“ zu schaffen, um, wie Bundeskanzler Kreisky bei der Eröffnung sagte, „frei nach Burckhardt [...] zwar nicht weise für immer, aber wenigstens klug für ein ander Mal“ zu machen.²⁸ Was dabei herauskam, war seiner geschichtsmentalen Grundhaltung nach oft „Koalitionsgeschichtsschreibung“, das heißt, daß jede irgendwo anstößige Aussage vermieden und die „historische Wahrheit“ einfach in der Mitte zwischen den Standpunkten gesucht wurde.²⁹ Darin spiegelte sich das ständisch-korporatistische (sozialpartnerschaftliche) Organisationsprinzip der Kommission und dies entsprach der „sozialen Logik“ der österreichischen Gesellschaft und Wissenschaft. In geradezu exemplarischer Form sollte dieses Denkmodell 15 Jahre später, in der ebenfalls von der österreichischen Regierung bestellten, *Internationalen Historikerkommission über die Kriegsvergangenheit Waldheims* wiederkehren.³⁰

Aus der sozialdemokratischen intellektuellen Hegemonie dieser Jahre und aus einem breit angelegten, auch die Geschichtswissenschaft umfassenden politischen Gestaltungswillen dürfte sich ergeben haben, daß zwar nicht das (wohl tiefergehende) geschichtsmentale „Trauma“ von „Anschluß“ und Nationalsozialismus, sondern jenes der Niederlage von Arbeiterbewegung und Demokratie in den Jahren 1933/34 zum zentralen Thema der Wissenschaftlichen Kommission wurde. Ihr wichtigstes

²⁶ Der Arbeitszeitraum der Kommission war anfangs nur von 1927 an, als dem Beginn der wirklich „heißen“ Ereignisse (Justizpalastbrand), abgesteckt.

²⁷ Robert Hoffmann: Neuere Literatur zur Geschichte Österreichs von 1927 bis 1938, in: Zeitgeschichte 3 (1976), Nr.11/12, 378-93, hier 380; vgl. auch: Felix Kreissler: Les travaux de la Commission de recherche scientifique de l'histoire de l'Autriche de 1927 à 1938, in: Austria-ca 1 (1975), 93-120.

²⁸ Vgl. Kreiskys Eröffnungsansprache in: Ludwig Jedlicka/Rudolf Neck (Hg.): Österreich 1927 bis 1938. Protokoll des Symposiums in Wien 23. bis 28. Oktober 1972, Wien 1973, 179 bis 182.

²⁹ Ausführlicher siehe Gerhard Botz: Die Ausschaltung des Nationalrates im Urteil von Zeitgenossen und Historikern, nachgedruckt in: ders.: Krisenzonen einer Demokratie, Frankfurt (M.) 1987, 119-54, hier 125ff.

³⁰ Bericht der Internationalen Historikerkommission [unautorisierte Abdruck in:] Profil, Jg. 19, Heft 7 (1988), Dokumente, 42.

historiographisches Ergebnis war der auch alle kommenden Perioden durchziehende zeitgeschichtliche Forschungsstrang der „Republikgeschichte“, die sich allerdings fast ausschließlich mit der Ersten Republik (1918-1938) beschäftigte, jedoch auf der Grundlage erstmals zugänglich gemachter Archivquellen zentraler Staatsstellen neue und oft heftig debattierte Ergebnisse erbrachte. Dabei trat bald eine neue, „mittlere“ Generation von Zeithistorikern³¹ hervor, die schon von der österreichischen Nachkriegszeit geprägt waren. Ihr neues Demokratieverständnis dürfte es ihnen erleichtert haben, gestützt auf genuine Archivstudien, die Kommissionsarbeiten und deren Veröffentlichungen teilweise auf kritischere Sichtweisen hin zu verschieben.

Die Wissenschaftliche Kommission arbeitete sich in über zehn Jahren in mehr als einem Dutzend von Symposien jeweils aus Anlaß von runden „Jubiläumsjahren“ (40 oder 50 Jahre „danach“) bis zum „Anschluß“ durch, sodaß das abschätzige Wort von einer „Jubiläumshistoriographie“³² aufkam. Dennoch waren ihre Tagungen, da sich auch die *Österreichischen Historikertage* noch der Zeitgeschichte verschlossen, lange Zeit hindurch praktisch der einzige Platz, an dem die meisten österreichischen Zeithistoriker zur Diskussion ihrer Arbeiten zusammenkommen konnten.³³ Dabei standen überwiegend ereignis- und politikgeschichtliche Themen, gewaltsam ausgetragene Konflikte, Elitehandeln und Diplomatie zu den „Schicksalsjahren“ der Ersten Republik im Vordergrund. Erst von 1978 an, aus Anlaß des in zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen begangenen 40. Jahrestages des „13. März 1938“, erschien eine größere Anzahl von Publikationen, die dieses Ereignis thematisierten. Diese Arbeiten standen überwiegend noch unter dem Gesichtspunkt von extern auf Österreich einwirkenden „Anschluß“-Bestrebungen und „deutscher Okkupation“ und ließen noch wenig Interesse am Nationalsozialismus und seinem Regime selbst erkennen.

Erst in den 80er Jahren begann die Kommission, als sie ihren Höhepunkt schon überschritten hatte, auch ideologie- und wirtschaftsgeschichtliche Themen aufzugreifen. Zugleich machten sich gewisse Wandlungen ihres methodologischen und thematischen Profils bemerkbar. Allmählich wandelte sich so die kritisch-quellenpositivistische „Republikgeschichte“ in eine sozialgeschichtlich inspirierte Politikgeschichte des 20. Jahrhunderts im Sinne der für die deutsche Zeitgeschichte so typischen „politischen Sozialgeschichte“ (J. Kocka), aus ihr gingen auch Ent-

³¹ Siehe etwa: Anton Staudinger: Zur „Österreich-Ideologie“ des Ständestaates, in: Ludwig Jedlicka/Rudolf Neck (Hg.): Das Juliabkommen von 1936, Wien 1977, 198-240; Gerhard Jag-schitz: Der Putsch. Die Nationalsozialisten in Österreich, Graz 1976; Peter Huemer: Sektionschef Robert Hecht und die Zerstörung der Demokratie in Österreich, Wien 1975; Karl Stuhl-pfarrer/Leopold Steurer: Die Ossa in Österreich, in: Ludwig Jedlicka/Rudolf Neck (Hg.): Vom Justizpalast zum Heldenplatz, Wien 1975, 35-64 [Ich selbst rechne mich auch zu dieser Generation.]

³² Michael Mitterauer: Politischer Katholizismus, Österreichbewußtsein und Türkenfeindbild, in: Beiträge zur historischen Sozialkunde 12,4 (1982).

³³ Die Ergebnisse der Kommission wurden in einer Reihe von gedruckten Bänden vorgelegt, und man nahm die Edition der Ministerratsprotokolle aus den strittigsten Jahren der Republik in Angriff.

wicklungsstränge hervor, denen eine „sozialwissenschaftliche Zeitgeschichte“ bzw. „Gesellschaftsgeschichte“ (H.-U. Wehler) vorschwebte.³⁴

3. Zeitgeschichte als politische Aufklärung

Ab den frühen 70er Jahren (bis etwa 1985) nahm die österreichische Zeitgeschichtsforschung einen zentralen Platz in der öffentlichen Wertschätzung und finanziellen Förderung ein, zweifelsohne ein Ergebnis der sozialdemokratischen Bildungspolitik der Kreisky-Regierungen (1970-1983). Dem kam die politisch-engagierte Grundhaltung entgegen, die bei den damals „jüngeren“ Zeitgeschichtlern, der ersten, von Anfang an universitär in Zeitgeschichte ausgebildeten Historikergeneration, weit verbreitet war und die dem „progressiven“ geistigen Klima dieser Jahre entsprach. Weithin herrschte Einhelligkeit über die aufklärerische Funktion der Zeitgeschichte, ganz im Sinne der zitierten Worte Kreiskys vor der Wissenschaftlichen Kommission. Verglichen mit der Zeit vorher kann man diese Jahre auch hinsichtlich der wissenschaftlichen Ergebnisse zeitgeschichtlicher Forschung als die „goldenen Jahre der Zeitgeschichte“ bezeichnen.

Vor dem oben skizzierten institutionellen und personellen Hintergrund prägten sich einige Forschungsstränge und thematische Schwerpunkte aus, die als charakteristisch für die gesamte österreichische Zeitgeschichte gelten können. Zum Teil wurden nun auch nur frühere Ansätze weiterentwickelt und ausgebaut, vor allem die „Republikgeschichte“, aber auch die Widerstands- und Verfolgungsgeschichte und die Geschichte der Arbeiterbewegung. Zum Teil entstanden neue (noch über diese Periode hinausreichende) themenzentrierte Schwerpunkte wie die Faschismus- und Nationalsozialismus-Forschung. Daneben gab es natürlich breit gestreut und weniger intensiv bearbeitet andere, allerdings weniger Zeitgeschichte-typische Forschungsbereiche, vor allem solche zum ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik.³⁵

Aufs engste im Zusammenhang mit der schon beschriebenen Gründungsphase der institutionalisierten Zeitgeschichte im Zusammenhang steht der zeitgeschichtliche Entwicklungsstrang der Widerstandsforschung. Diese wurde allerdings erst allmählich thematisch breiter und insgesamt professioneller, nachdem sie lange noch Schwachstellen aufgewiesen hatte: oft eine Art unkritischen „Dokumentenfetischismus“, einen Bias zugunsten zeitgenössischer staatlicher Akten und deren Sichtweisen auf bestimmte Widerstands- und Verfolgungstatbestände, eine starke Ausrichtung auf (im Sinne der österreichischen Gegenwartsstrukturen) politisch zuordenbare Einzelpersonen und Organisationen, weitgehende Orientierung an programmatischen Deklarationen und antifaschistisch-heroischem Verhalten. Quan-

³⁴ Vgl. Ernst Hanisch: Überlegungen zu einer Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert, in: Zeitgeschichte 16 (1988), Nr. 1, 1-9; Gerhard Botz: Neueste Geschichte zwischen Quantifizierung und „Mündlicher Geschichte“, in: Geschichte als demokratischer Auftrag. Karl R. Stadler zum 70. Geburtstag, Wien 1983, 12-36.

³⁵ Etwa: Fritz Fellner: Die Pariser Vororteverträge von 1919/20, in: Karl Bosl (Hg.): Versailles – St. Germain – Trianon, München 1971; Manfred Rauchensteiner: Der Sonderfall. Die Besetzungszeit in Österreich 1945 bis 1955, Wien 1979; Stiefel, Dieter: Entnazifizierung in Österreich, Wien 1981; Gerald Stourzh: Geschichte des Staatsvertrages 1945-1955, Wien 1985.

titativ erfuhr sie eine beträchtliche Ausweitung, vor allem durch die Inangriffnahme einer nach Bundesländern gegliederten (auch Anfang der 90er Jahre noch nicht abgeschlossenen) Dokumentenpublikationsserie³⁶ des DÖW, das auch weiterhin die wichtigste Institution dieses Forschungsstranges blieb. An dessen Veröffentlichungen läßt sich sehr gut das allmähliche Abgehen von einem nur auf das Politische beschränkten Widerstandsbegriff und eine gewisse Ausstrahlung des Resistenz-Konzepts der Bayern-Studie M. Broszats ablesen.

Allerdings hat sich die österreichische Widerstandsforschung kaum jemals dem Dilemma gestellt, das sich für sie eigentlich aus dem Vorhandensein von zwei Diktaturregimen in den 30er und 40er Jahren ergeben müßte. Einerseits wurde antinazistisches Widerstandsverhalten von „Austrofaschisten“, wie die Anhänger-schaften des autoritär-ständestaatlichen Regimes genannt wurden, als solches anerkannt, ebenso der opferreiche antifaschistische Widerstand stalinistischer Kommunisten, andererseits wurde das – strukturell gesehen ebenfalls – anti-„austro-faschistische“ Widerstandsverhalten der Nazis als solches nicht anerkannt. Der zentralperspektivische Fluchtpunkt der Widerstandsforschung war eben das Österreichische,³⁷ weniger das Demokratische oder das Gesellschaftsgeschichtliche. So wurden andere Dimensionen der Wirkungsweise der Diktaturregime und des vielfältigen, oft ambivalenten und manchmal gar nicht so „moralischen“ Verhaltens der ihnen Unterworfenen (bis in die späten 80er Jahre) weitgehend ausgeblendet. Der alltägliche „kleine Widerstand“, „kollektive Systemopposition“, „unpolitische Resistenz“ waren selten ein Thema, obwohl hierzu durchaus auch, verglichen mit der deutschen Widerstandsforschung, frühe Pionierarbeiten vorlagen.³⁸ Das breite Feld der Anpassung und Kollaboration (von einem österreichisch-demokratischen Standpunkt aus gesehen) blieb lange Zeit tabuisiert. Erst die aufkommende historische Frauenforschung trug dazu bei, daß sich auch die Widerstandsforschung allmählich von von diesem engen Korsett befreite. Ein anderes Merkmal der Widerstandsforschung war, daß sie sich zwar zunehmend mit unterschiedlichen Formen der politischen Verfolgung beschäftigte, aber lange Zeit relativ wenig Interesse auf die Verfolgung von Juden als solchen und nicht aus politischen Gründen richtete.³⁹ Auch die Aus-

³⁶ Zuletzt: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934–1945, 2 Bde., Wien 1991; siehe allgemein den aktuellsten Überblick: Wolfgang Neugebauer: Widerstandsforschung in Österreich, in: Anton Pelinka/Erika Weinzierl (Hg.): Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit, Wien 1987, 163–73.

³⁷ Willibald I. Holzer: David und Behemoth, in: Zeitgeschichte 9 (1982), 346–50; siehe auch: Ernst Hanisch: Gab es einen spezifisch österreichischen Widerstand?, in: Zeitgeschichte 12 (1985), 339–50; Gerhard Botz: Methoden- und Theorieprobleme der historischen Widerstandsforschung, in: Helmut Konrad/Wolfgang Neugebauer (Hg.): Arbeiterbewegung – Faschismus – Nationalbewußtsein, Wien 1983, 137–51.

³⁸ Karl R. Stadler: Österreich im Spiegel der NS-Akten, Wien 1966; auch: Ludwig Jedlicka: Der 20. Juli 1944 in Österreich, Wien 1965.

³⁹ Vor allem jedoch: Erika Weinzierl: Zu wenig Gerechte. Österreicher und Judenverfolgung 1938–1945, Graz 1969, 1. Aufl. 1985; Herbert Rosenkranz: Verfolgung und Selbstbehauptung, Wien 1978; siehe auch Gerhard Botz: Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938 bis 1945, Wien 1975; Hans Safrian/Hans Witek: Und keiner war dabei, Wien 1988; Ivar Oxaal u.a. (Hg.): Jews, Antisemitism and Culture in Vienna, London 1987; vgl. auch: Erika Thurner: Nationalsozialismus und Zigeuner in Österreich, Wien 1983.

forschung von Nazi-Kriegsverbrechern und die Produktion von Geschichtsbewußtsein mittels der daran anschließenden Gerichtsverfahren überließ das offizielle Österreich weitgehend dem Wiener *Dokumentationszentrum* Simon Wiesenthals.

Als Reaktion auf gewisse neonazistische Tendenzen in den ausgehenden 70er Jahren wandte sich die zeitgeschichtliche Widerstandsforschung, in Erfüllung ihres aufklärerischen Auftrags, auch systematisch dem gegenwartsnahen Rechtsextremismus zu.⁴⁰ Schließlich, als nachträgliche Kompensation für jahrzehntelange Versäumnisse bei der Rückholung von österreichischen Emigranten und als staats-offizielle Reaktion auf den internationalen „Image-Schaden“ Österreichs während der „Waldheim-Affäre“, erhielt die Exilforschung, die bis dahin eher nur ein Randbereich der österreichischen Zeitgeschichte gewesen war, neuen Aufschwung.⁴¹

Eine mindestens mengenmäßig ebenso starke Ausweitung erfuhr in den 70er Jahren ein anderer zunächst überwiegend zeitgeschichtlicher Forschungsstrang, die Geschichte der Arbeiterbewegung,⁴² parallel zum verstärkten Hineinwachsen der Sozialdemokratie in den Staat und zur sich abzeichnenden Versteinerung ihrer Apparate: also parteipolitische Integration durch Arbeiter(bewegungs)geschichte statt durch die herkömmlichen Organisationen und „Lager“-Milieus. Es scheint allerdings fraglich, ob die wachsende Literatur zur Arbeiterbewegungsgeschichte bei der Arbeiterschaft wirklich einem Bedürfnis entsprach, unter vielen Geschichte-Studenten und bei den Linksrunden war das Interesse daran jedenfalls enorm. Das Gros dieser Studien war, entgegen der deklaratorischen Ausrichtung auf „sozioökonomisch“ oder „materielle Basis“,⁴³ zunächst weiterhin stark an Politik, Organisationen und Programmen, d.h. praktisch auch an „großen Männern“, interessiert. In großen Teilen blieb sie „moralisierend deskriptiv“ und „Hausgeschichtsschreibung“, in der die „eigene“ Bezugsgruppe recht positiv, alle anderen aber negativ in den Werturteilen weggelassen, wobei weniger nach Ursachen und Erklärungsmodellen gesucht wird.⁴⁴

Erst allmählich begann die Geschichte der Arbeiterbewegung diesen engen Rahmen zu verlassen. Doch auch als sie sich schon als stark sozial- und kulturgeschichtlich inspiriert verstand, standen noch lange Arbeiterorganisationen im Zentrum. Dabei rückten auch Momente der Klassenkonstituierung und der „Lager“-Bildung ins Blickfeld; ein natürlicher Anknüpfungspunkt ergab sich an der „Bildungs- und Kulturarbeit“ des „Roten Wien“ der Zwischenkriegszeit.⁴⁵ Ein auch für die österreichische Zeitgeschichte nicht zu unterschätzender Ort des wissenschaftlichen Austausches und der Debatten waren die jährlichen den West-Ost-Gegensatz

⁴⁰ Siehe vor allem: Rechtsextremismus in Österreich nach 1945, hg. v. DÖW, Wien 1979 [seither 5 Aufl.].

⁴¹ Österreicher im Exil 1934 bis 1945, Wien 1975; Helene Maimann: Politik im Wartesaal, Wien 1975; Friedrich Stadler (Hg.): Vertriebene Vernunft, Bde. 1 u. 2, Wien 1987/88.

⁴² Ein früher „Klassiker“ der Arbeiterbewegungsgeschichte ist jedoch: Norbert Leser: Zwischen Reformismus und Bolschewismus, Wien 1968 [2. gekürzte Aufl.: Wien 1985].

⁴³ Ein im Ganzen nicht gelungener, jedoch sehr einflußreicher Versuch: Hans Hautmann/Rudolf Kropf: Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945, Wien. 2. Aufl. 1974.

⁴⁴ Rudolf Ardel: Arbeiterbewegung in Österreich, in: Zeitgeschichte 4 (1976), 146–59.

⁴⁵ Josef Weidenholzer: Auf dem Weg zum „Neuen Menschen“, Wien 1981; Reinhard Kannöner: Zwischen Beethoven und Eisler, Wien 1981.

überbrückenden „Linzer Konferenzen“ (seit Ende der 60er Jahre).⁴⁶ Über sie wurden gerade in den „linken“ 70er Jahren manche – allerdings je nach Land und politischem System höchst unterschiedlich entwickelten – internationalen Forschungsströmungen und -ergebnisse auch nach Österreich diffundiert, sozusagen als Nebenprodukt Kreiskyscher Außenpolitik und eines Seitenzweigs der frühen Brandtschen Ostpolitik.

Eine hauptsächlich ideologiegeschichtliche Akzentuierung der österreichischen Arbeiter(bewegungs)geschichte ergab sich aus der vorübergehenden Zuwendung zu den theoretischen und historischen Arbeiten der Austromarxisten, insbesondere Otto Bauers;⁴⁷ diese wurden in Österreich noch vor dem Einsetzen einer auch ausländischen Austromarxismus-Renaissance relativ breit rezipiert. Obwohl im Selbstverständnis dieser Historiker auch die Angestellten unter den Begriff der „Arbeiterklasse“ fielen, gab es über diese Gruppen jenseits der „Kragenlinie“ (J. Kocka) kaum Untersuchungen.⁴⁸ Immerhin holte D. Stiefels Buch über „Arbeitslosigkeit“⁴⁹ die im Ausland besser bekannte Marienthal-Studie Lazarsfelds und seiner Mitarbeiter, von denen keiner dauerhaft aus dem angelsächsischen Exil nach Österreich zurückgekehrt war, wieder in die geschichtswissenschaftliche Erinnerung der österreichischen Historiker zurück.

Wie schon angedeutet, begann im Lauf der späten 70er Jahre auch die Geschichte der Arbeiterbewegung ihren ursprünglich recht engen Rahmen zu verlassen. Einen ersten Querschnitt über den schon 1978 erreichten Stand stellt die Zehn-Jahres-Festschrift des LBIAB⁵⁰ dar, die schon durch ihre Untergliederungen „biographische Studien“, „Regionalstudien“, „Kultur- und Geistesgeschichte“ und „Sozialgeschichte“ ziemlich präzise die Entwicklungen dieses Forschungsfeldes in den 80er Jahren ankündigte. Auf dem Höhepunkt des Wirkens des Mentors der österreichischen Arbeiter(bewegungs)geschichte, K. R. Stadler, zugleich auch das damalige methodologische Spektrum der sogenannten „Linzer Schule“⁵¹ dokumentierend, erschien 1983 der Sammelband *Geschichte als demokratischer Auftrag*.⁵² Einerseits war er noch ganz der aufklärerischen Sicht der sozialdemokratischen Reformjahre verpflichtet, andererseits ließ er erkennen, wie weit die österreichische Historiographie an westeuropäische Standards herangekommen war. Deutlich spiegelte sich dieser Wandel auch in den sozialistischen 50-Jahre-Geschichts-

⁴⁶ ITH-Tagungsberichte, vor allem ab Bd. 6, Wien 1974.

⁴⁷ Etwa: Erich Fröschl/Helge Zoitl (Hg.): Otto Bauer (1881–1938), Wien 1985.

⁴⁸ Jedoch: Erna Appelt: Von Landenmädchen, Schreibfräulein und Gouvernanten, Wien 1985; auch Gerhard Botz: Angestellte zwischen Ständegesellschaft, Revolution und Faschismus, in: Jürgen Kocka (Hg.): Angestellte im europäischen Vergleich, Göttingen 1981, 196–239.

⁴⁹ Dieter Stiefel: Arbeitslosigkeit. Soziale, politische und wirtschaftliche Auswirkungen am Beispiel Österreichs 1918–1938, Berlin (W.) 1979.

⁵⁰ Gerhard Botz u.a. (Hg.): Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte, Wien 1978.

⁵¹ So, in Anlehnung an ein Wort von A. Wandruszka, durch Helmut Konrad: Zum Stand der Zeitgeschichtsschreibung in Österreich, in: AFSG 25 (1985), 508.

⁵² Wien 1983; zur weiteren Entwicklung siehe auch die Stadler-Gedächtnisschrift: Rudolf Ardel/Hans Hautmann (Hg.): Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich, Wien 1990.

jubiläen der frühen 80er Jahre, nun von einem starken Interesse an Sozialgeschichte der Arbeiter und Geschichte des Arbeiteralltags geleitet.⁵³

Die Widerstandsforschung und die Historiographie der Arbeiterbewegung assimilierten seit den späten 60er Jahren am stärksten die Begrifflichkeit neo-marxistischer Faschismustheorien, ohne daß in Österreich, anders als in Westeuropa und in den USA, jedoch vergleichbar der Bundesrepublik Deutschland, von wenigen Ausnahmen abgesehen,⁵⁴ eine wirklich vergleichende Faschismusforschung entstand. Offenkundig genährt auch von dem Bestreben eines Teils der „mittleren“ Zeitgeschichtler-Generation, mit den von der Elterngeneration verdrängten Katastrophenerfahrungen fertig zu werden, geriet ein generalisierender Faschismusbegriff auch hierzulande allzu leicht, ungewollt zwar, zu einem kollektiven Entlastungsversuch, der vollen Last ihres historischen Verantwortungsgefühls zu entgehen, das sich aus den Zusammenhängen ihrer Herkunftsmilieus mit der nationalsozialistischen Vergangenheit ergab. In Österreich wurden daher (neo)marxistische Faschismuskonzeptionen eher in Form deklaratorischer Bekenntnissen, jedoch kaum als flexibel gehandhabtes heuristisches, interessenleitendes Prinzip in quellennahen Studien über den Nationalsozialismus wirksam.

Ebenso bestand ein auffälliges Defizit an deskriptiven, geschweige denn analytischen Arbeiten über das autoritär-halbfaschistische Regime Dollfuß' und Schuschnigg.⁵⁵ Denn die sterile Formel vom „Austrofaschismus“⁵⁶ führte dabei ebenso wenig weiter wie die Eigenbezeichnung des „Christlichen Ständestaats“, obwohl gerade von amerikanischer und deutscher Seite hierzu bemerkenswerte Anstöße gekommen wären.⁵⁷ Von einem gelegentlichen Aufflackern heftiger, aber wenig fruchtbarer Kontroversen abgesehen war gerade die „Koalitionsgeschichtsschreibung“ auf diesem zeitgeschichtlichen Arbeitsfeld weiterhin stark durchsetzungs- und abblockungsfähig.

Immerhin förderten die faschismustheoretischen Sichtweisen bei einem Teil der Zeithistoriker in der gegebenen Wissenskultur Österreichs das Verständnis für generalisierende Verfahren und stärkere Theorieorientierung sowie für übernationale und periodenübergreifende Perspektiven. Dies erleichterte es in den 80er Jahren

⁵³ Dieser Trend spiegelt sich auch in den Themen der jährlichen „Linzer Konferenzen“ zur Geschichte der Arbeiterbewegung, siehe Anm. 46.

⁵⁴ Bertrand Perz u.a. (Redaktion): Faschismus in Österreich und international, in: Jahrbuch für Zeitgeschichte, Jg. 1980/81, Wien 1982.

⁵⁵ Siehe jedoch etwa: Gerhard Jagschitz: Der österreichische Ständestaat 1934–1936, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalik (Hg.): Österreich 1918–1938, Bd. 1, Graz 1983, 497–519; oder Willibald I. Holzer: Erscheinungsformen des Faschismus in Österreich 1918–1938, in: *Austriaca*, Sondernummer [1] (1978), 69–170.

⁵⁶ Sie prägte noch den sonst informativen Sammelband: Emmerich Talos/Wolfgang Neugebauer (Hg.): „Austrofaschismus“. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938, Wien 1985, 2. Aufl. 1988.

⁵⁷ Siehe etwa John R. Rath/Carolyn Schum: The Dollfuss-Schuschnigg-Regime: Fascist or Authoritarian?, in: Stein Larsen u.a. (Hg.): Who were the Fascists, Bergen 1980, 242–56; Everhard Holtmann: Zwischen Unterdrückung und Befreiung, Wien 1978; Ulrich Kluge: Der österreichische Ständestaat 1934–1938, Wien 1984; vgl. auch: Francis L. Carsten: Faschismus in Österreich, München 1977; Klaus-Jörg Siegfried: Universalismus oder Faschismus, Wien 1974; Bruce Pauley: Der Weg in den Nationalsozialismus, Wien 1988.

theoriegeleiteten, strukturgeschichtlichen und typisierenden Ansätzen, sich in einem gewissen Maße über das „linke“ Einzugsgebiet hinaus durchzusetzen, nicht zuletzt in Form von historisch-sozialwissenschaftlichen Gesellschafts- und Politik-Theorien.

Als ideales zeitgeschichtliches Arbeitsfeld hätte sich hier die Geschichte des Nationalsozialismus angeboten. Da von der „Koalitionsgegnung“ – oberflächlich gesehen – weniger blockiert als die „Austrofaschismus“-Forschung, setzten Forschungen hierzu zwar schon in den 70er Jahren ein. Doch nicht bloß das an Großereignissen orientierte Vorgehen, sondern auch die Konzentration auf die Politik der NSDAP in Österreich vor 1938 und die außen- und innenpolitischen Vorgänge unmittelbar vor und während der „Anschluß“-Tage behinderten bis Ende der 80er Jahre eine tiefergreifende Beschäftigung mit dem NS-Regime in Österreich. De facto errichtete jedoch der Mythos von „Österreich und den Österreichern als Opfer des deutschen Nationalsozialismus“ strenge Frageverbote und Interpretationsschienen, in stillschweigender Übereinstimmung des traditionellen „linken“ mit dem „rechten“ österreichischen Antinazismus.⁵⁸ So erbrachte die scheinbar progressive Fixierung des Blicks auf wirtschaftspolitische Außeneinwirkungen⁵⁹ und die von Deutschland ausgehende „imperialistische Aggressionspolitik“ wissenschaftlich auf Dauer wenig; ebensowenig der entschuldigend oder selbstbemteltend vorgetragene Nachweis von vom „Altreich“ ausgehenden Befehlen und Unterdrückungsmaßnahmen; ebensowenig die Erörterung der bis heute nicht ganz verstummten – bestenfalls Völker- und nachkriegskonkordatsrechtlich relevanten – Frage nach „Okkupation“ oder „Annexion“. Auch die Dokumentierung des Ausmaßes der NS-Verfolgungsmaßnahmen und des Genozids an den österreichischen Juden und Zigeunern, so wichtig sie zur Kontrapunktierung des weithin noch herrschenden suböffentlichen Schweigens hiervon war, perpetuierte im Grunde das gegenwarts-wirksame „große Tabu“:⁶⁰ nämlich daß all diese nationalsozialistischen Untaten unter kräftiger Beteiligung von Österreichern und bei aktivem Wegsehen des größten Teils der nichtjüdischen Bevölkerung geschehen waren; daß viele Österreicher wenigstens indirekt von der Vertreibung der Juden wirtschaftlich und sozial profitiert und darauf hingearbeitet hatten; daß der „Anschluß“ vom eigenen Lande aus wenn schon nicht einhellig begrüßt, so doch weithin hingenommen wurde und 1938 *auch* eine auf österreichischem Gebiet nachgeholte Macht-Übernahme gewesen war. So endeten vor 1985 noch viele zeitgeschichtliche Arbeiten zu diesem Themenbereich, wenngleich sich 1978 beim „Anschluß“-Symposium der Wissenschaftlichen Kommission manche stimulierenden Neuansätze gezeigt hatten,⁶¹ in einer

⁵⁸ Siehe hierzu die Dokumente bei: Robert Knight (Hg.): „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“, Frankfurt (M.) 1988.

⁵⁹ Norbert Schausberger *Der Griff nach Österreich*, Wien 1978, ³1988.

⁶⁰ Vgl. Pelinka/Weinzierl 1987 (Anm. 36); auch Gerhard Botz: *Eine deutsche Geschichte 1938 bis 1945*, in: *Zeitgeschichte* 14 (1986), 19–38.

⁶¹ Rudolf Neck/Adam Wandruszka (Hg.): *Anschluß 1938*, Wien 1981; siehe auch Gerhard Botz: *Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich*, Wien 1972, 3. Aufl. 1988; Radomir Luža: *Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit*, Wien 1977; Helmut Konrad (Hg.): *Sozialdemokratie und „Anschluß“*, Wien 1978.

weitgehenden Wiederholung der vom staatspolitischen Konsens und vom „Antifaschismus“ zugelassenen Antworten.

4. Zeitgeschichte als „Historische Sozialwissenschaft“?

Seit Ende der 70er Jahre kam es zu einem neuerlichen, nunmehr sozialgeschichtlichen und sozialwissenschaftlichen Erneuerungsschub. Den Hintergrund hierfür gaben die Konjunktur technologischer und sozialtechnischer Machbarkeitsvorstellungen der auch außerhalb Österreichs auf dem Höhepunkt befindlichen (liberal)sozialen Reformära ab. Nach der ersten internationalen Ölkrise und der wirtschaftlichen Wachstumsverlangsamung war zwar die Wachstumsphilosophie der 60er und frühen 70er Jahre zurückgekehrt, doch der blinde Glaube daran war gebrochen. Sozialer Friede und politische Stabilität galten als nicht mehr so gesichert, daß sie nicht einer sozialwissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Gestaltung zu bedürfen schienen; sozialstaatliche Maßnahmen, stetiges Wirtschaftswachstum und niedrige Arbeitslosigkeit galten als die Schlüssel zu einer „rosa“ Zukunft. Der Zukunftsoptimismus war noch nicht angeschlagen.

Dazu hatte das generell „linkere“ intellektuelle Klima der 70er Jahre, wie gesagt, die Rezeption marxistischer Gesellschaftstheorien und generalisierender Erklärungsansätze unter Sozialwissenschaftlern und Historikern gefördert, die marxisierende Sozialgeschichte der Arbeiterbewegung hatte den Blick der „jungen“ österreichischen Zeitgeschichte nach Westeuropa geöffnet. In der öffentlichen Wertschätzung hatten schon seit längerem die Sozialwissenschaften die Geschichtswissenschaften überflügelt. Allenthalben sprachen gerade traditionelle Historiker von einer tiefen Krise ihres Fachs, der Geschichte allgemein. Der Zeitgeschichte waren jedoch aus diesen Veränderungen vor allem in Politikwissenschaft und Soziologie befruchtende Nachbardisziplinen, wenn nicht gar „Leitwissenschaften“, erwachsen, deren Attraktivität gerade bei jüngeren Historikern gelegentlich bis zur Forderung nach einem interdisziplinären Aufgehen der Geschichte ging. Selbst das alteingespielte Schulfach „Geschichte“ schien mehrfach in Gefahr, in einem einheitlichen, nicht primär historischen Fach „Gesellschaftskunde“ aufzugehen. In der Tat hatte es eine Zeitlang den Anschein, als wären die traditionellen Disziplinengrenzen durchlässiger geworden. Zum Teil war es auch so, insofern einige österreichische Sozialwissenschaftler verstärkt auch historisch arbeiteten, während sich eine Anzahl von Zeitgeschichtlern⁶² mehr oder weniger stark von den sozialwissenschaftlichen Nachbarfächern anregen ließen.

Schließlich wurde das Aussehen der österreichischen Zeitgeschichte auch von einer anderen jungen historischen Teilbereichsdisziplin stark beeinflusst, von Seiten der Sozialgeschichte in jener Form, wie sie sich vor allem am Wiener Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, ausgehend von einem reformkatholisch-traditionalen Milieu, in den 70er Jahren ausgebildet hatte.⁶³ In inhaltlicher Hinsicht

⁶² Etwa R. Ardel, H. Konrad, E. Hanisch, H. Maimann, S. Mattl und ich selbst.

⁶³ Josef Ehmer/Albert Müller: Sozialgeschichte in Österreich, in: Jürgen Kocka (Hg.): Sozialgeschichte im internationalen Überblick, Darmstadt 1989, 116–21.

strahlte die „Mitterauer Schule“ auch auf jene Gebiete der Sozialgeschichte aus, die auch von der Zeitgeschichte her bearbeitet wurden – also Arbeitergeschichte, Frauengeschichte, Alltagsgeschichte und österreichische Nationsbildung – oder die als Ausgangspunkt für eine „sozialgeschichtliche Politikgeschichte“ in Frage kamen.

Die zeitgeschichtliche Erneuerung erhielt, wie so oft in diesen Jahrzehnten, jedoch entscheidende Impulse auch von staatlicher Seite. Bezeichnenderweise ging sie allerdings weniger von geschichtstheoretischen Reflexionen und fachinternen Debatten aus denn von praktischen Fragen der bereits entstandenen Forschungsschwerpunkte und von dem Bedürfnis nach einer Verbesserung der historischen Arbeitstechniken und Methoden. Denn die österreichischen Zeithistoriker haben sich meist nur en passant mit „theoretischen“ Fragen beschäftigt. Bei aller kritischen Distanz im allgemeinen waren (und sind) sie in diesem Punkt voll eingebunden in die traditionelle österreichische Wissenschaftskultur, die jedenfalls für die Geschichte und die Sozialwissenschaften von einem hartnäckigen Trend zu Positivismus und Pragmatismus⁶⁴ geprägt ist, eine Eigenheit, die von dem amerikanischen Historiker des Wiener *fin-de-siècle*, C.E. Schorske, mit der katholisch-barocken Tradition des Landes und deren Affinität zum Sinnlich-Materiellen in Zusammenhang gebracht wird.⁶⁵

Nur um das Jahr 1980 schien es eine Zeitlang, als würde die neuere österreichische Zeitgeschichte (west)deutschen Vorbildern auch hinsichtlich deren Theorieorientierung und „teutonischer Strenge“ (K. Jarausch) folgen. Als eine Art innerministerielles Beratungsgremium ihrer Forschungspolitik hatte die Wissenschaftsministerin der Ära Kreisky, H. Firnberg, selbst frühere Sozialhistorikerin, ein „Projektteam Zeitgeschichte“ zusammengerufen. Ihm gehörten der Großteil der akademischen Zeithistoriker – auf der Professorenebene in Österreich nur eine Handvoll Personen – und einige Repräsentanten sozialwissenschaftlicher Nachbarwissenschaften an. Hier konnte in einer relativ breiten Fachöffentlichkeit das Programm einer „neuen Geschichtswissenschaft“ debattiert und formuliert werden, begleitet von mehr oder weniger subtilen innerakademischen Interessenkonflikten zwischen Vertretern der politisch überwiegend „progressiven“ Zeitgeschichte bzw. der eher konservativ oder deutschnational ausgerichteten „Neueren Geschichte“. Parallel dazu lief eine in Österreich bisher nicht wiederholte Debatte um die theoretische Abgrenzung der Zeitgeschichte von anderen historischen Teildisziplinen,⁶⁶ wobei Fragen der „Schwellenjahre“ im Vordergrund standen. Dennoch einigte sich die Mehrheit des Projektteams auf einen Abschlußbericht,⁶⁷ der von S. Mattl, einem Historiker der jüngeren Generation, verfaßt war und eine vehemente Attacke auf die historistischen Paradigmata enthielt, die in der allgemeinen Geschichte, d.h. außer-

⁶⁴ Alphons Lhotsky. Österreichische Historiographie, Wien 1962, 193.

⁶⁵ Carl E. Schorske: Austrian Aesthetic Culture, 1870–1914, in: Internationaler Kongreß für Kunstgeschichte [...], 1983, Wien 1983, 27–40; vgl. auch Josef Langer (Hg.): Geschichte der österreichischen Soziologie, Wien 1988.

⁶⁶ Siehe hierzu vor allem: Michael Derndarsky. Welcher Zeit Geschichte? Zum Versuch, Zeitgeschichte einzugrenzen, in: GWU 30 (1979), 201–14; Norbert Schausberger: Zeitgeschichte, die Geschichte unserer Zeit, in: Zeitgeschichte 7 (1979), 79–105.

⁶⁷ Siegfried Mattl: Bestandsaufnahme zeitgeschichtlicher Forschung in Österreich, hg. v. Bundesministerium f. Wissenschaft u. Forschung, Wien 1983.

halb von Zeit-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, noch vorherrschend waren. Die Zeitgeschichte solle sich, hieß es in verkürztem Nachvollzug der westdeutschen „modernen Sozialgeschichte“, ⁶⁸ vornehmlich an sozialwissenschaftlichen Theorien und Arbeitsweisen, an gesellschaftlichen Strukturen und anonymen Prozessen orientieren: „Die Monopolstellung der Hermeneutik als Methode der Geschichtswissenschaft schlechthin ist nicht mehr aufrechtzuerhalten“, demgegenüber hätte sich „ein Methoden- und Theorienpluralismus ausgebildet, der Voraussetzung für den „strukturgeschichtlichen Zugriff ist“.

Es müsse zu einer „fundamentalen Erweiterung“ des zeitgeschichtlichen Methodenrepertoires, insbesondere durch quantitativ- und qualitativ-sozialwissenschaftliche Methoden, kommen. Die bisher zeitgeschichtlich mehr oder weniger gut durchforschten Bereiche Republikgeschichte, Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg, bisher Elemente für den „Aufbau einer gedachten Ordnung der Gegenwart“ (R.M. Lepsius), sollten zurücktreten gegenüber anderen Themen, „etwa: Unterschied in der Ordnung von westlichen und östlichen Gesellschaften, Europäische Integration, „Dritte Welt““. Der Wirklichkeit der zeitgeschichtlichen Forschung weit vorausgreifend wurde dann, etwas pauschal, gefolgert:

Der historische Staatsmythos ist weitgehend überwunden und durch eine gesellschaftsgeschichtliche Sichtweise ersetzt, die in der Folge ein ungemein weites Feld der Forschung – wie die Entwicklung der Mentalitäten, kollektiven Aktionsformen und Verhaltensmuster, Klassenlage und Mobilisierung etc. – eröffnet. ⁶⁹

In einer gewissen Weise könnte man in diesem Programm eine Tendenz zur Selbstaufgabe der Zeitgeschichte sehen, doch deutlicher ist die darin enthaltene Selbstkritik, wohl aus einem schon damals latenten wissenschaftlichen oder politischen Unbehagen vieler Zeitgeschichtler an der eigenen Tätigkeit.

Das konstatierte Unbehagen motivierte auch einen anderen, schon Ende der 70er Jahre in Linz anvisierten Versuch, eine Erneuerung der Zeitgeschichte von neuen Quellen und Methoden her zu bewirken. ⁷⁰ Federführend wurde dabei das Ludwig-Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft (LBIHS) in Salzburg mit seinen jährlichen „Quantkursen“, summer-school-ähnlichen Seminaren zur Diffundierung von Arbeitstechniken der Quantifizierung und Computeranwendung in der Geschichte. Von Anfang an nicht methodenmonistisch konzipiert sah das Konzept einer solchen „sozialwissenschaftlichen Zeitgeschichte“ kompensatorisch gedachte Ergänzungen der „harten“, quantifizierenden Methoden durch „weiche“, „qualitativ-sozialwissenschaftliche“ Methoden und „Mündliche Geschichte“ (Oral History) vor. Dennoch erhielt diese methodologische Kombination, im gegebenen wissen-

⁶⁸ Breitenwirkung unter der „neuen Generation“ österreichischer Historiker – bezeichnend hierfür sind die nicht immer als Kompliment gemeinten Wortprägungen „*kockasüchtig*“ und „*wehlereidig*“ – erlangten vor allem die Taschenbuchausgaben von Jürgen Kockas *Sozialgeschichte. Begriff – Entwicklung – Probleme* (Göttingen 1977) und Hans-Ulrich Wehlers *Geschichte als Historische Sozialwissenschaft* (Frankfurt (M.) 1973).

⁶⁹ Mattl 1983 (Anm. 67), 23f.

⁷⁰ Siehe hierzu meine Ausführungen, kurz vor meiner Übersiedlung nach Salzburg an die Universitätsstelle der nach Wien gehenden E. Weinzierl: Gerhard Botz: Zeitgeschichte zwischen Quantifizierung und „Oral History“, in: Karl R. Stadler (Hg.): *Rückblick und Ausschau*, Wien 1978, 29–48.

schaftlichen Kontext eher ungewöhnlich, von einer unerwarteten Seite entscheidende Impulse, nämlich indem mit dem Fortschreiten der Computertechnologie eine zunehmende Verschiebung der anfangs überwiegend quantitativen Anwendungsgebiete von EDV in der Geschichte auf die den meisten historischen Fragestellungen näher liegenden datenbankorientierten Verfahren und die „Computerhermeneutik“ (M. Thaller) und damit eine echte Zusammenarbeit zwischen Computerhistorikern und Oral Historians erst möglich wurde.

Die „Revolution“ der Bildmedien und weitere technologische Innovationen im Bereich computerisierter Bildverarbeitung ließen schließlich eine Erweiterung des quantitativ-qualitativen Dualismus durch „Bild-Geschichte“ und historische Semio-logie sinnvoll erscheinen. So charakterisiert seit Ende der 80er Jahre ein methodologischer Trialismus den Salzburger Hochschullehrgang, der der Verbreitung dieser „Neuen Methoden“⁷¹ gewidmet ist, jedoch nur noch zum Teil als ein spezifisch zeitgeschichtliches Unternehmen gelten kann. Es erscheint noch unklar, ob ein solcher Methodenpluralismus einfach der bekannten österreichischen Tradition von Pragmatismus und Theorieskepsis entsprungen war oder schon dem kommenden „posthistorischen“ Relativismus und Auseinanderfallen zentraler Perspektiven entsprach.

In der Praxis der Zeitgeschichtsforschung verzögerte sich allerdings die Einlösung der meisten dieser theoretisch und methodologisch hoch gegriffenen Versprechungen. Streng genommen wurden solche Ansätze nur auf einigen wenigen inhaltlich bestimmten Gebieten verwirklicht, so für einige zeitgeschichtliche Bereiche der ländlichen und städtischen Sozialgeschichte,⁷² für eine moderne Regional- und Lokalgeschichte,⁷³ die der traditionellen Landesgeschichte die Alleinherrschaft streitig zu machen begann, und für Mikrogeschichten von Konzentrationslagern,⁷⁴ dasselbe gilt auch für quantifizierende Studien, die die älteren „heißen“ Themen in

⁷¹ Gerhard Botz u.a. (Hg.): „Qualität und Quantität“. Zur Praxis der Methoden der Historischen Sozialwissenschaft, Frankfurt (M.) 1988, 13–42; ders./Gerald Sprengnagel: Vom „Quantkurs“ zum „Hochschullehrgang“, in: *Historical Social Research* 15 (1990) 2, 138–47.

⁷² Norbert Ortmayr: Woodland Peasants. Ecological Adaptations in an Austrian Peasant Community 1870–1938, in: *Etnologia Europea*, Bd. 1989, Nr. 2; Josef Ehmer/Michael Mitterauer (Hg.): Familienstruktur und Arbeitsorganisation in ländlichen Gesellschaften, Wien 1986, 185–324; Robert Hoffmann: „Nimm Hack' und Spaten...“, Wien 1989; Helmut Konrad (Hg.): Die deutsche und die österreichische Arbeiterbewegung zur Zeit der Zweiten Internationale, Wien 1982.

⁷³ Vor allem: Ernst Hanisch: Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz. Salzburg im Dritten Reich, Salzburg 1983; ders.: Westösterreich, in: Emmerich Talos u.a. (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945, Wien 1988, 437–56; ders.: Von den schwierigen Jahren der Zweiten Republik, in: Salzburg und das Werden der Zweiten Republik, Salzburg 1985, 13–26; auch: Stefan Karner: Die Steiermark im Dritten Reich 1938–1945, Graz 1986; Gerhard Botz: Wien vom Anschluß zum Krieg, Wien 1978; Buchloe 3. Aufl. 1989.

⁷⁴ Gerhard Botz: Überleben im Holocaust, in: Margareta Glas-Larsson: Ich will reden. Tragik und Banalität des Überlebens in Theresienstadt und Auschwitz, hg. v. G.B., Wien 1981, 9–74 [amerikanische Übers.: Riverside 1991]; Bertrand Perz: Zement, Wien 1989; ders./Florian Freund: Das KZ in der Serbenhalle, Wien 1988; Bertrand Perz: „Projekt Quarz“. Steyr-Daimler-Puch und das Konzentrationslager Melk, Wien 1991.

Form von quantifizierender Gewalt- und Konfliktforschung⁷⁵ und als prosopographische Parteien- und Elitenforschung⁷⁶ fortsetzten oder wieder aufnahmen. Generell scheinen zeitgeschichtliche quantifizierende und computerunterstützte Studien gegenüber Untersuchungen zum 19. Jahrhundert und zur mittelalterlichen Geschichte ins Hintertreffen gekommen zu sein. Überraschend schnell expandierte dagegen das methodologisch durch die systematische Verwendung von Erinnerungsinterviews charakterisierte zeitgeschichtliche Arbeitsfeld, die „Mündliche Geschichte“. Wie Bild-Geschichte und Frauengeschichte gehört sie jedoch schon eher in das folgende Kapitel.

Auffällig ist, daß gerade Anfang der 80er Jahre eine Anzahl grundlegender Veröffentlichungen zum Thema österreichischer Identität und Nation erschienen wie eine geistesgeschichtliche Monographie F. Heers und eine an Nationsbildungs- und Modernisierungstheorien orientierte Längsschnitt-Studie E. Bruckmüllers,⁷⁷ wenngleich nur das umfangreiche Buch des Auslandsösterreichers F. Kreissler⁷⁸ als zeitgeschichtlich im chronologischen Sinn gelten kann. In Auseinandersetzung mit der deutschnationalen Infragestellung der österreichisch-nationalen Identität einerseits und mit weit in die Vergangenheit ausholenden österreichpatriotischen Konstrukten andererseits arbeiteten diese Monographien Merkmale neuerer Österreich-Identität heraus, wie ost- und mitteleuropäische Offenheit, relativ junges historisches Gewordensein und Segmentierung nach politischen Teilkulturen. In einer gewissen Weise waren diese Österreich-Studien auch ein adäquater Ersatz für die fehlenden Gesamtdarstellungen und Synthesen der insgesamt schon recht umfassenden zeitgeschichtlichen Forschungsergebnisse; denn einen solchen Anspruch

⁷⁵ Ferdinand Karlhofer: „Wilde“ Streiks in Österreich, Wien 1983; Margarethe Haydter/Johann Mayr: Regionale Zusammenhänge zwischen Hauptwiderstandsgebieten zur Zeit der Gegenreformation und den Julikämpfen 1934 in Oberösterreich, in: *Zeitgeschichte* 9 (1982), 392-407; Gerhard Botz: *Krisenzonen einer Demokratie*, Frankfurt (M.) 1987.

⁷⁶ Gerhard Botz: Die österreichischen NSDAP-Mitglieder, in: Reinhard Mann (Hg.): *Die Nationalsozialisten*, Stuttgart 1980, 98-136; ders.: *Arbeiterschaft und österreichische NSDAP-Mitglieder (1926-1945)*, in: Ardel/Hautmann 1990 (Anm. 52), 29-49; Rudolf G. Ardel: *Das Wahlverhalten im Bundesland Salzburg bei den Nationalrats- und Landtagswahlen 1954-1984*, in: Herbert Dachs (Hg.): *Das politische, soziale und wirtschaftliche System im Bundesland Salzburg*, Salzburg 1985; Herbert Matis/Dieter Stiefel: *Der österreichische Abgeordnete. Der österreichische Nationalrat 1919-1979*, Wien o. J. [ca. 1984].

⁷⁷ Vgl. einerseits: Friedrich Heer: *Der Kampf um die österreichische Identität*, Wien 1981 und Ernst Bruckmüller: *Nation Österreich*, Wien 1984; Heinrich Lutz/Helmut Rumpler (Hg.): *Österreich und die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1982; diskussionszuspitzend: Karl Dietrich Erdmann: *Die Spur Österreichs in der deutschen Geschichte. Drei Staaten – zwei Nationen – ein Volk?*, Zürich 1989; zum Ganzen: Rudolf G. Ardel: „Drei Staaten – zwei Nationen – ein Volk?“ oder die Frage „Wie deutsch ist Österreich?“, in: *Zeitgeschichte* 13 (1986), 253-68; dagegen: Margit Scherb/Inge Morawetz (Hg.): *In deutscher Hand? Zu den Beziehungen Österreich – BRD*, Wien 1990; Rathkolb u.a. (Hg.): *Österreich und Deutschlands Größe*, Salzburg 1990.

⁷⁸ Felix Kreissler: *Der Österreicher und seine Nation*, Wien 1984.

konnten die vorliegenden Abrisse und Sammelbände zur gesamten zeitgeschichtlichen Periode nicht eigentlich erheben.⁷⁹

5. „Postmoderner“ Parallelismus: Engagement und „Historisierung“, Empathie und „visual turn“

Österreichische Zeithistoriker konnten Mitte der 80er Jahre mit einiger Berechtigung der Ansicht sein, ihr Arbeitsfeld sei nicht nur institutionell in Forschung und Lehre abgesichert, sondern auch als Ensemble spezifischer Methodologien und Themenfelder fest etabliert.⁸⁰ Ja die Österreichische Bundesregierung proklamierte, mit breiter massenmedialer Unterstützung, das Studienjahr 1984/85, vierzig Jahre nach der Wiederentstehung Österreichs, dreißig Jahre nach dem Staatsvertrag, zum „Jahr der Zeitgeschichte“. Man schickte sich an, über die „dunklen Jahre“ der NS-Zeit hinwegzuspringen und sich verstärkt der Zeit nach 1945 zuzuwenden. Der Österreichische Rundfunk spielte dabei, gestützt auf seine bedeutenden finanziellen Ressourcen, eine Vorreiterrolle. Das Fernsehen hatte schon 1983 begonnen, eine vierteilige Dokumentationsserie über *Österreich II* auszustrahlen; dort wurde eine Vielzahl bisher unbekannter Bild- und Filmdokumente präsentiert, doch ihrem Tenor nach war sie eine kaum getrübt Erfolgsstory: Wiederentstehung Österreichs aus Schutt und Asche in der „Stunde Null“, wirtschaftlicher Wiederaufbau und Schaffung der Grundlagen der politischen Stabilität der Zweiten Republik, schließlich deren außenpolitischer Triumph in Staatsvertrag und Neutralitätserklärung von 1955. Eine ähnliche Fernseh-Dokumentation über *Österreich I* im Stil der „Koalitionshistoriographie“ der 70er Jahre folgte wenige Jahre später.⁸¹ Insgesamt war der Eindruck schwer vermeidbar, daß hier mit der geballten Breitenwirkung des Fernsehens vieles, was die österreichische Zeitgeschichtsforschung in den vorangehenden eineinhalb Jahrzehnten an Neuerungen hinsichtlich Methoden, Thematik und Sichtweisen mühsam erarbeitet hatte, mit einem Schlag durch eine Rückkehr von massenwirksamer historistischer Ereignis- und Personengeschichte revidiert wurde.⁸²

Doch in die staatspolitisch getragenen Geschichtsjubiläen des Frühjahrs 1985 mischten sich politische Mißtöne: der Begrüßungshandschlag des amtierenden Verteidigungsministers für den aus italienischer Haft heimkehrenden NS-

⁷⁹ Weinzierl/Skalnik 1983 (Anm. 55); dies. (Hg.): Österreich. Die Zweite Republik, 2 Bde., Wien 1975; ferner: Norbert Schausberger: Österreich. Der Weg der Republik 1918–1980, Graz 1980; Karl Gutkas: Die Zweite Republik. Österreich 1945–1985, Wien 1985.

⁸⁰ Vgl. Helmut Konrad: Zum österreichischen Geschichtsbewußtsein nach 1945, in: Rudolf Altmüller u.a. (Hg.): Festschrift / Mélanges Felix Kreissler, Wien 1985, 125–38.

⁸¹ Die populären Bücher hierzu: Hugo Portisch: Österreich I, Wien 1989; ders./Sepp Riff: Österreich II, 2 Bde., Wien 1985/86.

⁸² Vgl. Gerhard Botz: Fernsehen ist Macht – macht das Fernsehen die Geschichte?, in: Walter Blumberger/Josef Weidenholzer (Hg.): Ist Wissen Macht? Macht Bildung frei?, Linz 1988, 66–74.

Kriegsverbrecher Walter Reder⁸³ rief die unrühmliche Rolle vieler Österreicher im Dritten Reich unabweisbar ins Bewußtsein der internationalen Öffentlichkeit zurück. Dies trübte auch das von der offiziellen Politik auch im Ausland propagierte und dort gläubig aufgenommene Bild von Österreich als der „Insel der Seligen“ (Papst Johannes Paul II).

Noch in den 70er Jahren hatten Enthüllungen über die SS-Mitgliedschaften von Regierungsmitgliedern und des Obmanns der Freiheitlichen Partei (FPÖ) zwar zu innenpolitischen Kontroversen, nicht aber zu einer Infragestellung der dominanten zeitgeschichtlichen Sichtweise geführt. Mitte der 80er Jahre war es jedoch anders, in einer Situation, die von einer Ausbreitung des Gefühls der „Grenzen des Wachstums“, von ökologischen Ängsten, einer allmählichen Erosion der Integrationskraft historischer „Lager“-Strukturen und von der Entstehung „neuer politischer Bewegungen“ gekennzeichnet war. So schien es, als würden im Frühling 1985, begünstigt von der „kleinen“ SPÖ-FPÖ-Koalition, zum ersten Mal innerhalb der beiden Großparteien Brüche entlang der alten Trennlinien, „Antinazismus“ – Integration von NS-Überresten, aufbrechen. Eine junge Generation von Geschichtelehrern und Zeithistorikern nahm den politisch-aufklärerischen, „antifaschistischen“ Elan ihrer beruflichen und weltanschaulichen Formierungsphase ernst und schickte sich an, das staatspolitisch geforderte Ausklammern der Nazivergangenheit Österreichs und ihrer Eltern und Großeltern nicht mehr hinzunehmen. Zugleich war jedoch auch der gesellschaftliche Tabuisierungsdruck dieser Thematik schwächer geworden, die Kriegsgeneration schied aus dem aktiven Wirtschafts- und politischen Leben aus, nicht nur alte Widerstandskämpfer und politisch Verfolgte, sondern teilweise auch die alten „Ehemaligen“ (Nazis) begannen zu reden, wohl auch eine der Ursachen für die anlaufende Welle (auto)biographischer Veröffentlichungen und für den Erfolg der aufkommenden „Mündlichen Geschichte“.

Im vollen Umfang kamen die gesellschaftlich-politischen Spannungen erst im Präsidentschaftswahlkampf 1986, ausgelöst durch (von inländischen Kreisen lanciert)⁸⁴ ausländische Enthüllungen über die Kriegsvergangenheit K. Waldheims, zum Vorschein. Und die „causa prima“ der österreichischen Außenpolitik schloß auch in der Innenpolitik nicht ein. Zwei Jahre lang flackerte immer wieder der historische Gegensatz auf zwischen zwei Geschichtssubkulturen, zwischen einer offiziösen antinazistischen und einer „paranazistischen“ Populärtradition, die sensiblen Schriftstellern und Künstlern wie Th. Bernhard, A. Haslinger, E. Jelineck oder A. Hrdlicka immer schon aufgefallen war. Nur vordergründig ging es bei diesem Geschichte-Kampf um die NS-Vergangenheit selbst oder um dessen direkte parteipolitische Auswirkungen. Es ging um eine neue, wenigstens modifizierte historische österreichische Identität. Die Auseinandersetzungen, ein Äquivalent zum deutschen „Historiker-Streit“ von 1987, schloßen erst nach dem „Bedenkjahr“ ein, zu dem die staatstragenden politischen Kräften, die neuerlich eine Große Koalition gebildet hatten, den Anlaß der 50. Wiederkehr des Jahrestags des „Anschlus-

⁸³ Brigitte Galanda: Der Fall Reder, Wien 1985.

⁸⁴ Nur so schien es einem Teil der SPÖ möglich zu sein, das innenpolitische und innerparteiliche NS-Tabuisierungsgebot, dessen Verletzung Stimmeneinbußen erwarten ließ, zu umgehen; vgl. Günther Ofner: Die Rolle der SPÖ in der „Waldheim-Kampagne“, in: Andreas Kohl u.a. (Hg.): Die Kampagne, München 1987, 19–176.

ses“ von 1938 machten. Der März 1988 brachte ein bisher ungekanntes Ausmaß an zeitgeschichtlichen Feierstunden, massenmedialen Informationen und Stellungnahmen, geschichts- und populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen.⁸⁵ Erst danach scheint ein neues Äquilibrium zwischen weiterhin tabuisierten und nicht mehr verdrängbaren Bereichen der „heißen“ österreichischen Vergangenheit hergestellt worden zu sein,⁸⁶ aus dem heraus ein Großteil der weiteren österreichischen Zeitgeschichtsschreibung erklärt werden kann.

Das Wort, wonach Waldheim im Zweiten Weltkrieg nur seine „Pflicht erfüllt habe wie Hunderttausende Österreicher auch“, und dessen mehrheitliche Akzeptanz in der Bevölkerung waren am besten geeignet, die Brüchigkeit der bisherigen offiziellen österreichischen „Opferthese“ offenzulegen. Eine Welle offener und kaum verbogener antisemitischer Äußerungen enthüllte, daß auch die echte Überwindung der NS-Vergangenheit weder einfach von der Ablöse der Generationen zu erwarten war, noch eineinhalb Jahrzehnte sozialdemokratischer politischer Bildungsanstrengungen jenen leichten und anhaltenden Erfolg gehabt hatten, an den manche österreichische Zeitgeschichtler glauben wollten.

Viele Zeitgeschichtler, auch die pragmatisierten (in staatlichen Dauerstellen befindlichen), hielten sich jedoch 1986, in einem merkwürdigen Gegensatz zu ihrer sonst kritisch-politischen Herangehensweise an ihr Metier, zunächst mit öffentlichen Stellungnahmen eher zurück, sei es aus wertungsmäßiger Ratlosigkeit, aus fachlichem Überfordert-Sein oder aus dem Nachgeben angesichts einer ganz anders orientierten öffentlichen Meinung. Doch mit einem Mal sah sich die österreichische Zeitgeschichte von der Politik und von den Massenmedien wieder gefragt nach scheinbar ganz einfachen „Fakten“, die der strukturgeschichtlichen Sicht und der historisch-sozialwissenschaftlichen Theorieorientierung oft zu banal erschienen waren: Fragen nach der Rolle von Österreichern in der deutschen Wehrmacht und von deren Rolle beim Massenmord an den Juden oder bei der antislawischen Vernichtungspolitik in Osten und Südosten des Dritten Reiches, nach der Einstellung der österreichischen Bevölkerung zum Nationalsozialismus und zum Antisemitismus, nach deren Rolle bei der Judenverfolgung, nach den Funktionsmechanismen der NS-Herrschaft im Großen und in kleinsten Räumen, alles Probleme, die bisher vernachlässigt worden waren. Dazu kamen grundsätzliche Einschätzungs- und Wertungsfragen, auf die, wenn überhaupt, nur in einem langfristigen kollektiven Diskussionsprozeß „Antworten“ gefunden werden konnten. Dies galt für Fragen wie „Österreich und die Österreicher – Täter oder Opfer im Dritten Reich?“ oder „War der ‚Anschluß‘ von außen erzwungen oder nicht?“ oder auch „Hatte es viel oder wenig Widerstand in Österreich gegeben?“ Als brisanter noch sollte sich die politisch-psychologische Frage nach dem Weiterleben des mentalen Nazi-Syndroms,

⁸⁵ Statt vieler seien genannt: Siegfried Beer: Der „unmoralische“ Anschluß. Britische Österreichpolitik zwischen Containment und Appeasement, Wien 1988; „Anschluß“ 1938. Eine Dokumentation, hg. v. DÖW, Wien 1988; Thomas Albrich u.a. (Hg.): Tirol und der Anschluß, Innsbruck 1988; Maximilian Liebmann: Theodor Innitzer und der Anschluß, Graz 1988; Erwin A. Schmidl: März 1938, Wien 1987.

⁸⁶ Vgl. Alfred Stirnemann: Beobachtungen im Bedenkjahr 1988, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1988, Wien (1989), 243–87; Fritz Plasser/Peter U. Ulram: Von der Geschichte eingeholt?, in: ebd., 315–33.

nach autoritären und antisemitischen Einstellungen in der Nachkriegszeit, bis in die Gegenwart, erweisen.⁸⁷

Vereinfachend kann man sagen, daß diese und ähnlich innovative Problemstellungen am konsequentesten von der nunmehr „jüngsten“ Zeitgeschichtlergeneration in Angriff genommen wurden. Diese war schon während des Geschichtstudiums, aber auch als Soziologen und Politikwissenschaftler, bereits von der etablierten Zeitgeschichte wissenschaftlich und von dem sozialdemokratischen Reformklima politisch sozialisiert worden, jedoch meist nicht mehr auf den knapp gewordenen Schulposten und akademischen Nachwuchspositionen untergekommen. Zum Teil arbeiteten diese jungen Leute noch an Dissertationen oder an wissenschaftlichen Projekten, oder sie hatten in der Erwachsenenbildung, in der politischen Bildungsarbeit der großen Verbände oder bei Ausstellungs- und lokalhistorischen Projekten „Nischen“ gefunden, die ihnen ein Überleben in Fachnähe sicherten. Unter ihnen zeigten sich am deutlichsten die oben skizzierten weltanschaulichen Grundhaltungen der „jüngsten“ intellektuellen Generation.

So weit war es allerdings noch nicht ganz, als 1987 eine Arbeitstagung in Salzburg die meisten institutionell abgesicherten Zeitgeschichtler Österreichs zusammenbrachte, um, abseits der vollen Öffentlichkeit und politischen Instrumentalisierung, offen und kontrovers jene Fragen zu diskutieren, die die „Waldheim-Affäre“ aufgeworfen hatte; ihre Fragestellungen, weniger ihre Antworten strukturierten auch die künftigen zeitgeschichtlichen Forschungen.⁸⁸

Schon Anfang der 80er Jahre, noch vor den geschichtskulturellen Erschütterungen der Mitte dieses Jahrzehnts, war es zu einer Gegenbewegung von Oral History, historischer Biographie und Erfahrungsgeschichte sowie von anderen wissenschaftstheoretisch völlig neuen historiographischen Ansätzen⁸⁹ gekommen. Zeitgeschichtler, die sich solchen neuen Ansätzen zuwandten, nahmen vor allem auch an einer gewissen szientistischen Verengung und sprachlichen Austrocknung eines, in Österreich nicht wirklich dominanten, Teils der neueren Zeitgeschichteschreibung Anstoß. Zweifelsohne kam dieser subjektivistischen, einführenden, narrativen Reaktion die damals erfolgende massenhafte Ausbreitung von Tonaufnahmegeräten entgegen. Was jedoch die eigentlich motivierende Kraft bei der Erkundung der Generation der eigenen Großeltern gewesen sein dürfte, war deren individual- und kollektiv-historisches Schweigen aus dem Gefühl politischer Betroffenheit; auch hatten deren „Lebenswelten“ in den Augen der ersten „postindustriellen“ Generation schon etwas von der „Exotik“ ferner Länder an sich.

⁸⁷ Neue zeitgeschichtliche Arbeitsfelder stecken ab: Barbara Kaindl-Widhalm: Demokraten wider Willen? Autoritäre Tendenzen und Antisemitismus in der 2. Republik, Wien 1990; Ruth Wodak u.a. (Hg.): „Wir sind alle unschuldige Täter!“, Frankfurt (M.) 1990.

⁸⁸ Siehe: Gerhard Botz/Gerald Sprengnagel (Hg.): Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker, Frankfurt (M.) 2. Aufl. Frankfurt 2008.

⁸⁹ Siehe Herta Nagl-Docekal/Franz Wimmer (Hg.): Neue Ansätze in der Geschichtswissenschaft, Wien 1984; Ulrich Kluge: Krisenherde der Ersten Republik Österreich (1918-1938), in: NPL 29 (1984), 72-90; Elisabeth Dietrich: Zur Sozial- und Zeitgeschichtsforschung in Österreich, in: AfSG 29 (1989), 341-84.

Bereits Ende der 70er Jahre hatten einerseits Zeithistoriker, die an Arbeiter(bewegungs)geschichte oder Widerstand arbeiteten, und andererseits Sozialhistoriker begonnen, sich mit der aus Westeuropa übernommenen Oral History zu beschäftigen. Zu der Faszination, die diese „Mündliche Geschichte“ auf viele (jüngere) Zeitgeschichtler auszuüben begann, mag beigetragen haben, daß sich hier nicht nur die Erschließung einer neuen Quellenkategorie anbot, sondern daß sich auch eine akademischen Historikern üblicherweise ferne Lebens- und Ausdruckswelt der „einfachen“ Menschen an der „Basis“ – direkt und unmittelbar – aufzutun schien. Ebenso faszinierte das zweifelsohne gewaltig überschätzte Potential einer interaktiven Quellenproduktion und des „demokratischen“ Charakters dieser Methode.⁹⁰ Binnen weniger Jahre legte die „Mündliche Geschichte“ daher das Odium akademischer Unseriosität ab, sie wurde sogar zeitweise zu einer Art neuen Mode, die dazu herhalten mußte, jede Aneinanderreihung von transkribierten Interview- und mündlichen Erzähltexten wissenschaftlich zu legitimieren. Typisch für die meist damit unausgesprochen einhergehende neohistoristische Geschichtstheorie war auch das Aufkommen des neuen Begriffs „Zeitzeuge“ vor allem in der Widerstands- und Verfolgungsgeschichte, der für diese Quellengattung a priori eine höhere Verlässlichkeit beanspruchte als andere historische Quellen.

Als Pionier dieser frühen „Mündlichen Geschichte“ war der Laienhistoriker P. Kammerstätter in Linz einflußreich. Von der Innovationskraft der Oral History im Laufe der 80er Jahre zeugt eine Vielzahl von Veröffentlichungen⁹¹ über Gruppen- oder Einzelschicksale aus „geschichtsfernen“ ländlichen und städtischen Sozialgruppen und während der „heroischen“ Perioden der Arbeiterbewegung, in deren Frühzeit, unter dem autoritären „Ständestaat“ und im NS-Regime. Quantitativ nahmen dabei frauengeschichtliche Studien einen zunehmenden Anteil ein; von ihren neuen Inhalten und ihrer Sensibilität für die ganz anderen wissenschaftlichen Paradigmata einer feministischen Wissenschaft gingen aber auch starke Impulse in Richtung einer gesteigerten methodischen Reflexivität der „Mündlichen Geschichte“ aus, wie neuere Studien über den Arbeiterinnen-Alltag und über weibliche NS-Verfolgte und deren subtile „Resistenz“-Formen belegen können.⁹² Von ähnlichen, vor allem sozialgeschichtlichen Ansätzen gingen auch die „erfahrungsgeschichtlichen“ Studien R. Sieders über die „Lebenswelten“ von Wiener Industriearbeitern und anderen städtischen Unterschichten in der Zwischenkriegszeit aus.⁹³ Ähnlich strukturiert, nur etwas zeitverzögert, wie es sich aus der später erfolgenden Verbrei-

⁹⁰ Gerhard Botz/Josef Weidenholzer (Hg.): Mündliche Geschichte und Arbeiterbewegung. Eine Einführung in Arbeitsweisen und Themenbereiche der Geschichte „geschichtsloser“ Sozialgruppen, Wien 1984; Hubert Ch. Ehalt/Helmut Konrad (Hg.): Geschichte von unten. Fragestellungen, Methoden und Projekte einer Geschichte des Alltags, Wien 1984.

⁹¹ Hubert Hummer (Hg.): Die Pflicht zum Widerstand, Wien 1986.

⁹² Ingrid Bauer: Tschikweiber haum's uns g'nennt...“, Wien 1988; Karin Berger u.a. (Hg.): Der Himmel ist blau. Kann sein, Fulda 1985; Helga Embacher/Margit Reiter: Partisanin aus christlicher Nächstenliebe – Sloweninnen im KZ, in: Ardelt/Hautmann 1990 (Anm. 52), 553–79.

⁹³ Reinhard Sieder: Zur alltäglichen Praxis der Wiener Arbeiterschaft im Ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, Wien 1989 [ungedr. Habil-Schrift]; ders./Hans Safrian: Gassenkinder – Straßenkämpfer, in: Lutz Niethammer/Alexander von Plato (Hg.): „Wir kriegen jetzt andere Zeiten“, Bonn 1985, 117–51.

tung der elektronischen Bildaufzeichnungsgeräte ergab, entstand, teils im Niemandsland, das das mediale Fernsehmonopol übrig ließ, teils in dieses einbezogen und von diesem verwertet, auch eine Video History.⁹⁴

Zweifelsohne läßt sich seit Beginn der 80er Jahre eine beträchtliche sektorielle Auffächerung der zeitgeschichtlichen Forschungsgebiete, Sichtweisen und Methodologien feststellen. Die herkömmlichen, primär inhaltlich bestimmten Teilbereiche der Zeitgeschichtsforschung, deren Entwicklung in den vorangehenden Abschnitten verfolgt wurde, laufen zunehmend parallel einher mit älteren und neueren „neuen“ Zeitgeschichtesträngen. Sodann läßt sich als Folge von neu zugänglich werdenden, nicht zuletzt auch westlicher und vor allem sowjetrussischer Archivquellen eine Wiederbelebung traditioneller zeitgeschichtlicher Forschungsfelder wie der Diplomatie- und Politikgeschichte erwarten, sei es, daß ältere, früher noch nicht befriedigend bearbeitbare Fragestellungen wie jene nach der stalinistischen Verfolgung oder der alliierten Besatzungspolitik wieder aufgegriffen, oder daß die älteren Ergebnisse im Lichte neuer Zugänge restrukturiert und erweitert werden.⁹⁵

Schließlich, so scheint es jedenfalls, zeichnet sich wiederum eine grundlegende zeitgeschichtliche Innovationsphase ab. Dies nicht so sehr wegen des zunehmenden Forschungsinteresses an Massenkultur und an der politischen und gesellschaftlichen Wirkung der elektronischen Medien in den Diktatur-Perioden und in der Nachkriegszeit,⁹⁶ sondern wegen des „posthistorischen“ Paradigmenwechsels, der mit der allenthalb beobachtbaren Zuwendung zu Bildquellen und Film bzw. Videoaufzeichnungen, zu „Geschichtsbildern“ und zu von der Semiotik bzw. Semiologie herkommenden Methodologien ausgehen dürfte. Als deren entschiedenster Vertreter in Österreich und der „post-histoire“ am nächsten stehend kann der Salzburger Neuzeithistoriker G. Schmid gelten.⁹⁷ Dieser Wandel verspricht nicht nur die Kultur- und Alltagsgeschichte zu prägen, sondern auch die Formen bisheriger Politikgeschichte in Richtung auf eine Geschichte politischer Symbole und symbolischer Politik zu bereichern und umzuformen. Die Periode der österreichischen „Zeitgeschichte“ verspricht hierfür reiches Material zu bieten, nicht nur mit der symbolreichen Zwischenkriegs- und NS-Zeit, sondern mit ihrer ausgeprägten politischen Kultur der Geschichtsjubiläen und politischen Konflikte um Denkmäler und Thea-

⁹⁴ Karin Berger: Video-History – vor den Grenzen die Möglichkeiten, in Botz u.a. 1988 (Anm. 71), 253–67.

⁹⁵ Bischof/Leidenfrost 1988 (Anm. 18); Hans Schafranek: Zwischen NKWD und Gestapo, Frankfurt (M.) 1990; Reinhold Wagnleitner: Coca-Colonisation und Kalter Krieg, Wien 1991; siehe auch Oliver Rathkolb (Hg.): Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik, Wien 1985.

⁹⁶ Oliver Rathkolb u.a. (Hg.): Die veruntreute Wahrheit, Salzburg 1988; Hans Heinz Fabris/Fritz Hausjell (Hg.): Die vierte Macht. Zur Geschichte des Journalismus in Österreich seit 1945, Wien 1991.

⁹⁷ Georg Schmid (Hg.): Die Zeichen der Historie. Beiträge zu einer semiologischen Geschichtswissenschaft, Wien 1986; ders.: Die Spur und die Trasse. (Post-)Moderne Wegmarken der Geschichtswissenschaft, Wien 1988; siehe auch: Robert Menasse: Die sozialpartnerschaftliche Ästhetik, Wien 1990; Siegfried Mattl/Karl Stuhlpfarrer: Abwehr und Inszenierung im Labyrinth der Zweiten Republik, in: Talos u.a. 1988 (Anm. 73), 601–24; Gottfried Fliedl u.a. (Hg.): Gutachten über die zukünftige Entwicklung der Gedenkstätte Mauthausen, Wien 1991 [ungedr. Typoskript].

terstücke. Das genuine Feld für Bildhaftigkeit, neue metageschichtliche Begründungen und „postmoderne“ Ästhetik versprechen Geschichtsmuseen und historische Gedenkstätten zu werden.

Der generelle zeitgeschichtliche Entwicklungsgang von der Ereignis- und Politikgeschichte über die Sozial- und Kulturpolitikgeschichte in die Nähe der Historischen Sozialwissenschaft und weiter zur „neuen Bild-Geschichte“ und „Postmoderne“ kann exemplarisch an der allmählichen Uminterpretation der Arbeiterbewegungsgeschichte in den 80er Jahren abgelesen werden, an der Art und Weise, wie die „großen“ politisch-historischen „Jubiläen“ von der SPÖ und ihren Organisationen begangen wurden. War 1974 die typische Form des Arbeitergeschichte-Jubiläums die des eher innerparteilichen Gedenkens an den „Schutzbundaufstand 1934“ mit getragenen politischen Ansprachen und einem der Arbeiterbewegungsgeschichte gewidmeten, herkömmlichen wissenschaftlichen Symposium gewesen, so stand zehn Jahre später eine Großausstellung ganz anderer Art im Zentrum des Gedenkens. In einer Ausstellung in einer stillgelegten Wiener Straßenbahnremise suchte eine sozusagen „anti“-ästhetische, environmentale Gestaltung die Auflösung des traditionellen Pathos der Arbeiterbewegung, die sich etwa schon aus den zur Selbstbedienung aufgestellten Lerncomputern ergab, noch einmal auszubalancieren. Voll zum Durchbruch kam dieser Trend dann ein paar Jahre später bei der Ausstellung über „Arbeit-Mensch-Maschine“ im „Museum Industrielle Arbeitswelt“ in Steyr und in der Großausstellung über „Die ersten 100 Jahre“, die ganz „postmodern“ – ausgerechnet – im Simmeringer Gasometer aus der Lueger-Zeit in Wien stattfand.⁹⁸

Zeitgeschichte als genuines historisches Forschungsfeld definiert sich in Österreich nunmehr weniger nach vordergründigen Periodengrenzen und auch nicht mehr ausschließlich als politisierte, „heiße“ Geschichte, sondern stärker denn je nach unterschiedlichsten bevorzugten Methodologien und theoretischen Orientierungen (weniger als quantifizierende „Historische Sozialwissenschaft“ oder als Computer-Geschichte, stärker als Oral History und „Bild-Geschichte“). Sie sieht sich zunehmend von neuen historischen Teildisziplinen, die wie die Frauengeschichte⁹⁹ oder die historisch-semiologische Bild-Geschichte von ganz eigenständigen Fragestellungen und umfassenden Perspektiven ausgehen, überlagert, aufgelöst und bereichert. Der zunehmende Pluralismus der historischen Sichtweisen, Zugänge und geschichtstheoretischen oder weltanschaulichen Grundpositionen in der Zeitgeschichte (und in den Geschichtswissenschaften überhaupt) wird nicht mehr unter einem einzigen, kohärenten Rahmen integriert. Er entspricht nicht nur einer größeren institutionellen Vielfalt, sondern auch neuen Leitwissenschaften (vor allem Ethnologie und Kulturanthropologie, Sprachwissenschaften, Psychoanalyse und

⁹⁸ Siegfried Mattl/Helene Maimann (Hg.): Die Kälte des Februar, Wien 1984; Helene Maimann (Redaktion): Mit uns zieht die neue Zeit, Wien 1981; Arbeit/Mensch/Maschine. Der Weg in die Industriegesellschaft, Linz 1987; Helene Maimann (Hg.): Die ersten 100 Jahre, Wien 1988 (Alle vier dieser Großausstellungen waren von Helene Maimann und ihren Teams gestaltet worden); grundsätzlich: Siegfried Mattl: Die Musealisierung der Arbeit, in: ÖZG 1,2 (1990), 7-22.

⁹⁹ Siehe: L'Homme. Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft (erscheint seit 1990); allgemein siehe Niess 1989 (Anm. 12).

Kunstgeschichte), ohne daß die alten aus dem Gesichtsfeld der Historiker verschwänden.

Dennoch gibt es keine Anzeichen dafür, daß die Zeitgeschichte in Österreich nicht auch mit jenen zentralen Problemfeldern Kontinuität wahren wird, die sich um die „großen Katastrophen“ des 20. Jahrhunderts in der österreichischen Geschichtsmentalität eingebrannt haben. Denn von diesen aus wird der Zeitgeschichte auch weiterhin ihre gesellschaftliche Funktion zugewiesen. Daher scheint der Nährboden für „posthistorische“ „Beliebigkeit“ und „Relativität“ in Österreich eher begrenzt zu sein. Forschungsprogramme und theoretische Überlegungen werden daran nicht allzuviel ändern können. In diesem Sinne ist Zeitgeschichte in Österreich weiterhin noch stark – in jenem doppelten Sinn, wie sie sich herausgebildet hat – politisch. Allerdings ist anzunehmen, daß ein mentales Ferner-Rücken, das nicht unbedingt mit der wachsenden zeitlichen Entfernung einhergehen muß, die bestehenden „heißen“ Problemfelder „abkühlen“ wird und daß umgekehrt, einigermaßen stetige gesellschaftlich-politische Rahmenbedingungen vorausgesetzt, doch allmählich geschichtsmental neue „warme“ oder „heiße“ Themen, wie sie die revolutionären Veränderungen in Osteuropa und der Zusammenbruch des Kommunismus hervorbringen können, auftauchen und sich reproduzieren werden.

Nicht das Ende der „Zeitgeschichte“ (im doppelten Wortsinn) an sich, wohl aber das nur allmähliche Abklingen der „politischen“, „klassischen“ Zeitgeschichte und die langsame Heraufkunft der Gegenwartsgeschichte mit ihren epochenübergreifenden, dennoch spezifisch gegenwartsbezogenen humanwissenschaftlichen Momenten¹⁰⁰ in Sinne der Eingangsthese, weniger von Disziplingrenzen eingengt, erscheint als wahrscheinlich. Doch auch ein – dennoch nicht einfach repetierendes – „Retour“ von Ereignis, Kontingenz, Person und Handeln scheint wieder denkbar. Wird die Zeitgeschichte auch in Österreich in der Tat aber von einem langen Nebeneinander, vom Pluralismus der Themen, Methoden, theoretischen Ansätze, Institutionen und Generationen bestimmt sein?

¹⁰⁰ Dem entspricht das Programm der 1990 gegründeten ÖZG (Anm. 8). Für Rat und Unterstützung danke ich vor allem Christian Fleck (Graz), Albert Müller (Wien), Gerald Sprengnagel (Salzburg), Reinhard Sieder und Anton Staudinger (beide Wien).